

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementssatz pro Quartal M. 1 (ohne Beifüllgeld),
bei Befüllung unter Strengband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Staning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg - St. Georg, Bremerstraße 11, 1. Etage.

Vereins-Anzeigen
für die breitgepaltene Petzalze oder deren Numm. 20 A.
Zeitung-Breisliste Nr. 3124.

An die Verbandsmitglieder!

Kollegen, zahlt die Verbandsbeiträge, bevor es Winter wird. Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Ende November alle Mitglieder ihren Beitrag für dieses Jahr voll bezahlt haben.

Der Verbandsvorstand. J. A. Th. Bömelburg.

Inhalt: Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Bau-
gewerbe. — Blätterliche Gesellen-Beglückung. — Maurer-
bewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Verfam-
mungen und sonstige Bewegung. — Krankenkasse. — Von
Bau: Unfälle, Arbeitserkrankungen, Submissions usw. — Aus anderen
Berufen. Aus Ungarn. — Polizei und Gerichte. — Ein-
gegangene Schriften. — Briefstellen. — Streitabrechnungen.
Centralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

den Zwecken des Bundes zu genügen. Der Vorsteherin
musste, was ihm hart genug angelommen sein mag,
konstatieren, daß der Bund noch keinen bestimmenden
Einfluß habe und er sich damit habe begnügen
müssen, ein Kommunikationsmittel zum förlit-
lichen Verkehr zwischen den einzelnen Verbänden zu
sein. Damit ist der Zustand der Schwäche, in welchem
der Bund sich befindet, nur angegeben. In Wirklichkeit
ist dieser Zustand ein viel bedeutsamerer, als er nach
der Klage des Herrn Felsch erscheinen könnte. Offen-
bar hat die Mehrzahl der dem Bunde angehörigen Ver-
bände keine Neigung, sich der Berliner Leitung und deren
bedeutlicher Sicht, terroristisch gegen die Arbeiter zu
experimentieren, unterzuordnen. So blieb Herr Felsch
nichts Anderes übrig, als zu empfehlen: "Die Kraft
des Bundes in die Einzelverbände hineinzulegen." Das ist nur so zu verstehen, daß die Einzel-
verbände selbstständig in ihren Entscheidungen seien
und bleiben sollen. Damit aber fällt der gewollte
Charakter des Bundes als Zentralisation hinweg.

Herr Felsch meinte, auch der Verband müsse sich
"historisch entwickeln", nur nach und nach könne
die Erkenntnis der Zusammengehörigkeit in die
Kreise der baugewerblichen Arbeitgeber bringen. Diese
Meinung würde richtig sein, wenn die Voraus-
setzungen für solch eine Entwicklung vorhanden
wären. Die fehlen aber. Wer sie etwa in der That-
sache des steten Erfolks der Arbeiterorganisation
sehen wollte, würde sich täuschen; diese Thatache an-
sich gibt nicht den Impuls für das gleichmäßige Er-
starken des Unternehmerorganisations ab. Denn in dem-
selben Maße, wie die Macht der Arbeiterorganisation
wächst, sind die Unternehmervereine in steigendem Maße
darauf angewiesen, mit ihr in vernünftiger und
ehrlicher Weise sich abzufinden. Und das entspricht
nicht den terroristischen Zwecken, die der Bund nach
der Absicht seiner Gründer verfolgen soll. Voraus-
setzung seiner Entwicklung würde sein, daß er bestrebt
ist, ein Faktor zu werden für den friedlichen Aus-
gleich zwischen Arbeiterchaft und Unternehmer-
thum rücksichtlich der Festsetzung resp. Verein-
barung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie der gütlichen Beilegung von Differenzen
zwischen beiden Theilen. Das ist dieselbe Vor-
aussetzung, von der die Gründung wie die Entwicklung
der Arbeiterorganisation geleitet gewesen ist. Es
ist ein schweres Irrthum, zu glauben, oder eine
große Unwahrheit, zu behaupten, die Arbeiter-
organisation habe die grundfähige Aufgabe,
Streiks in's Werk zu setzen, "zum Streik zu
helfen" usw. Das genaue Gegenteil ist die Wahr-
heit. Kraft ihrer Organisation möchten die Arbeiter
Streiks verhindern, eine gütliche Vereinbarung
sicherstellen. Der größte Theil des Unternehmerthums, in
erster Linie das Innungsmeisterthum, aber man bislang
bemüht, die Erfüllung dieser guten Absicht zu ver-
hindern. Die Herren haben sich als Arbeitsherren
thum geriert, denn die Arbeiter unbedingt sich unter-
ordnen sollen; sie haben unter verlebender Hervor-
hebung ihrer Autorität die Anerkennung der wirth-
schaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiter und
der Arbeiterorganisation weit von sich gewiesen. Sie

haben zur Bekämpfung der letzteren sich der demagogischen Phrasen einer sogenannten "Ordnungs-
politik" bedient, der Arbeiterorganisation eine auf
"gewaltthafem Umsturz" gerichtete Täglichkeit bei-
gemessen, die Letzter und Agitatoren dieser Organisation
in oft geradezu wütiger und frivoler Weise verläßt
und beschimpft. Sie haben, pochend auf ihre wirth-
schaftliche Übermacht, der besseren Erkenntnis, der Ein-
sicht in die notwendige und unvermeidliche Umge-
staltung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeit-
geber sich widersetzt. Sie haben auf diese Weise die
Arbeiter erbittert und verbittert, und das, was sie
am meisten belägen, die Streiks, geradezu provoziert.
Wir sind sehr genau darüber unterrichtet, daß man in
immer weiteren Kreisen der baugewerblichen Unternehmer
die Unzulänglichkeit und Ungerechtigkeit dieser Praxis
mehr und mehr erkennt und immer lebhafter das Be-
dürfnis empfindet, der Arbeiterschaft gegenüber eine
vernünftigere und gerechte Stellung einzunehmen.
Das wesentlich mit ist der Grund, weshalb der Bunde
keinen Einfluß gewinnen konnte.

Wir haben schon oft erklärt und wiederholen es
hier: Die Arbeiter sind einer Unternehmerorganisation
an sich durchaus nicht feindlich gefühlt. Im
Gegenteil: Der Abschluß kollektiver Verträge,
bindende Vereinbarungen zwischen Arbeiterschaft
und Unternehmertum setzen Organisationen auf
beiden Seiten voraus. Aber ebenso wie die
Arbeiterorganisation den guten Willen besitzt,
an die Stelle des äußersten Kampfes die Vereinbarung
zu setzen, kann und muß sie das auch von der
Unternehmerorganisation verlangen.

Statt sich das klar zu machen, haben auf der
Generalversammlung des Bundes die Wurführer fest-
gehalten an der bei dessen Gründung ausgegebenen
Parole: Kampf! Sorge für den Krieg gegen die
Arbeiterorganisation, deren Führer nach der Be-
hauptung des Herrn Lüscher-Frankfurt a. M. die
Arbeiter "zwillenlosen Werkzeugen machen
wollen"! "Widerstand gegen den Übermuth der
Arbeiter" usw.

Die Herren, die so gesprochen, haben damit der
Arbeiterorganisation wahrlich keinen Schaden eingejagt.
Und ihrer eigenen Sache haben sie nicht ge-
dient! Auf diese Weise sichern sie dem Bunde eine
historische Entwicklung nicht! Aus dem General-
versammlungsbericht geht unzweifelhaft hervor, daß
in den Kreisen der baugewerblichen Unternehmerchaft
eine starke Strömung zu Gunsten von Tarif-
gemeinschaften vorhanden ist. Zu einer gründlichen
Ausprache darüber ist es, was wir beobachten, leider
nicht gelommen; man will die "Erfahrung des Bundes"
und eine "klärung der Sachlage" abwarten. Aber
immerhin ist es von Belang, daß, wie dort mitgetheilt
wurde, der Berliner Lokalunternehmerverband
sich sympathisch über die Tarifgemeinschaft
ausgeprochen hat, unter Gelassenmachung der Erwähnung,
daß "ruhige, friedliche Arbeitsverträge auf der
Grundlage gütlichen Vereininkommens das er-
strebenwerthe Ziel" sind. Und dazu die weiteren
Erklärungen dieser Organisation: daß die Arbeitgeber
keine Feudalherren sind und die Arbeiter nicht von

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.

Unserem in voriger Nummer gebrachten Bericht über
die dritte ordentliche Generalversammlung des
Deutschen Arbeitgeberbundes für das Bau-
gewerbe wollen wir eine Kritik der durch die Ver-
handlungen und Beschlüsse auf's Neue scharf charakteri-
sierten Tendenzen, die jenes Bunde folgen lassen.

Die Initiative zu seiner Gründung ging aus von den
Führern der Berliner Baugewerkschäftsleute, den
Herrn Felsch und Genossen. In schärfster Weise
wurde von vornherein der Zweck dahin bestimmt, daß
es eine Kampforganisation gegenüber der baugewerblichen
Arbeiterschaft sein sollte. Man hatte ein-
gesehen, daß die rücksichtlich ihrer Aufgaben an gesetz-
liche Vorschriften gebundenen Innungen nicht in dem
Maße, als man es wünschte, sich der Bekämpfung der
Arbeiterorganisation und -bewegung widmen könnten.
Deshalb schuf man die Arbeitgeberverbände und fügte
diese zu einem Bunde zusammen. Dabei gingen die
Gründer von der Hoffnung aus, daß es gelingen
werde, auch die dem Innungswesen fern stehenden Elemente
des Unternehmerthums nicht nur für den gemeinsamen
Kampf gegen die Arbeiterschaft, sondern zugleich auch für
das Innungswesen zu gewinnen. Diese Hoffnung
ist nicht in Erfüllung gegangen. Ein erheblicher Theil
der Arbeitgebervereine hat sich, wie aus dem der
Generalversammlung erstatteten Jahresberichte hervor-
geht, trotz lebhafter Agitation, die jetzt dem Bunde nicht
angeschlossen. Von Zeit zu Zeit ließen die Bundesleiter,
so besonders der von uns kürzlich kritisirte ehemalige
Klosterkostgänger, Herr Habersbrunner, Klagen er-
tönen darüber, daß die Arbeitgeber die Bedeutung der
neuen Organisation "nicht zu würdigen wissen". Herr
Habersbrunner zieht sie, ob ihrer Gleichgültigkeit gegen
den Bunde einer "Sünde wider den Heiligen Geist"
(Vgl. Nr. 36 unj. Bl. 7. Sept. d. J.). Der Herr
hat es mit den Offenbarungen seines Geistes, so arg-
getrieben, daß aus den Reihen des Bundes heraus eine
starke Opposition gegen ihn entstand, der er erlegen
ist; auf der Generalversammlung sprach man von ihm
als dem bisherigen Geschäftsführer. Wir haben Grund
zu der Annahme, daß die Kritik, die wir an seinen
Leistungen geübt haben, hauptsächlich mit veranlaßt hat,
daß er seines Postens verlustig ging. Konnten wir
ihm doch nachweisen, daß er von der Sache, die er
vorgeblich vertreten sollte, von der Sache des Hand-
werks, nichts versteht.

Ein Umstand läßt mit Sicherheit darauf schließen,
daß die Bundesleiter, an deren Spitze Herr Felsch
steht, zu der Überzeugung gelommen sind, es sei ihm
unmöglich, auf der Basis der jetzigen Organisationen

oben herab behandeln sollen; daß die Arbeiterschaft als gleichberechtigt anzuerkennen ist und der Verhandlung mit Vertretern der Arbeiterorganisation nichts im Wege stehen darf.

Das sind höchst schädigenderwerthe Erklärungen, welche in uns die Hoffnung aufkommen lassen, daß sie erheblichen Einfluß auf die künftige Stellung des Arbeitgeberbundes gegenüber der Arbeiterorganisation haben werden. Sie zeigen der gesamten Unternehmerschaft den Weg, den sie einzuschlagen müssen, um der Arbeiterschaft so entgegenzutreten, wie sich mit ihr so abzufinden, wie Vernunft und Gerechtigkeit es erfordern. Wenn Herr Simon-Berlin, ein ehrgeiziger Künstler, mit den Worten, durch direktes Verhandeln mit der Arbeiterorganisation werde diese gestärkt, eine Befürchtung ausprach, so zeigt das eben den absolut rücksichtigen Standpunkt, den dieser Herr noch einnimmt. Wir können ihm versichern, daß die Arbeiterorganisation erstarken wird unter allen Umständen und trotz aller ihr bereiteten Schwierigkeiten. Darüber hätte den Herrn die Erfahrung belehren können. Dieses Erstaunen ist ein so durchaus naturgemäßes, daß gegen es kein Kraut gewachsen ist. Um so mehr hätten die Unternehmer alle Ursache, die Macht der Arbeiterorganisation nicht unkluger Weise herauszufordern, sondern sich mit ihr, ihrem eigentlichen Zweck entsprechend, zu verständigen. Denn als Kampforganisation wird die Organisation der Unternehmer es niemals denen der Arbeiter gleichthun können. Sie können die Arbeiter hart treffen, aber nicht, ohne sich selbst schwere Wunden zu schlagen und nicht mit der Wirkung, daß die Arbeiterorganisation ihnen erlegt. Denn deren Kraft ist unverwüstlich; sie wird aus den Verhältnissen heraus immer neu geboren.

Künstlerische Gesellen-Beglückung.

(Legitimationszwang. — Innungs-gesellenverbündungen.)

Zu den künstlerischen Einrichtungen der "guten alten Zeit" gehörte die Wanderschaft der Gesellen. Es kam dafür nicht nur „Handwerk, Brauch und Gewohnheit“ in Betracht. In den meistein Gewerken, auch in dem der Maurer, war das Wandern der Gesellen durch Kunftsatzung geradezu zur Pflicht gemacht. Man verband damit den Zweck weiterer Ausbildung im Beruf. Das Wandern wurde als eine Bedingung der Erwerbung des Meisterrechts angesehen.

Mit dem inneren Berfall der Kunst wurde diese Eigenschaft bedeutungslos; ja, es wurde damit oft geradezu eine Zwang zur Vagabondage ausgeübt. Nichtsdestoweniger wurde sie durch Landesgesetze geschützt und aufrecht erhalten. Dem Gesellen, der auf die Wanderschaft sich begeben wollte, erhielten die Kunftsatzungen eine Abschrift des Lehr- und Geburtsbriefes und eine nach Vorchrift des Reichsgesetzes von 1731 abgefaßte gedruckte „Kundschaft“, worin seine Person bezeichnet und sein Wohlverhalten bestätigt wurde.

Auf diese Weise war es sowohl dem Kunstmästertum, wie den Behörden möglich, eine sehr weitgehende Kontrolle über die Gesellen auszuüben. Gesellen, die sich missliebig gemacht, konnten durch Kennzeichnung unter Umständen sogar durch Voreinhaltung der Legitimation hart betroffen werden.

Vor etwa hundert Jahren wurde die „Kundschaft“ durch Wanderbücher ersetzt, welche die Polizei aussetzte und über deren Einrichtung und Gebrauch besondere Vorchriften bestanden. Noch im Jahre 1850 wurde in Preußen die Pflichtigkeit der Handwerksgesellen und Gewerbegehilfen auf's Neue festgesetzt. Diesem Zustande wurde nach Gründung des Norddeutschen Bundes durch das später Reichsgesetz geworden und noch geltende Gesetz über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 ein Ende gemacht.

Darnach ist jeder Reichsangehörige berechtigt innerhalb des Reichsgebietes frei seinem Gewerbe nachzugehen, sich Arbeit zu suchen, sich aufzuhören oder niederzulassen, wo er will. Allerdings kennt auch die Gewerbeordnung für das Deutsche Reich noch eine Legitimationspflichtigkeit. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen ist auf einen Wandergewerbeschein angewiesen, und minderjährige Personen dürfen als Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn sie mit einem von der Polizei ausgestellenden Arbeitsbuch verfehren sind. Im Übrigen besteht eine gesetzliche Legitimationspflicht für gewerbliche Arbeiter nicht mehr. Ja, man kann sagen, daß an Stelle dieser Pflicht ein Legitimationsrecht des Arbeiters getreten ist (§ 113 der Gewerbeordnung). Die Arbeiter können beim Abgang ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Arbeiter auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszubuchen. Den Arbeitgebern aber ist unterjagt, die Zeugnisse

mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht erschließbaren Weise zu kennzeichnen.

Letztere Bestimmung hat den Zweck, zu verhindern, daß Arbeitgeber die Zeugnisse zur Berufserklärung der Arbeiter missbrauchen.

Das Arbeitgeberthum — und zwar mehr noch das zünftlerische, als das großindustrielle — ist unablässig bemüht gewesen, durch seine Organisationen und Koalitionen die Arbeiter einem Legitimationszwang zu unterwerfen. Dahin gehört die Vereinbarung der Unternehmer, nur solche Arbeiter einzustellen, die sich über „ordnungsgemäße Entlassung“ ausweisen können. Unter „ordnungsgemäßer“ Entlassung wird hier eine solche verstanden, die in Übereinstimmung mit dem Interesse des Arbeitgebers erfolgt ist. Ist es doch Thatsache, daß Unternehmerskoalitionen Arbeiter deshalb auf die schwärzliche Liste gesetzt haben, weil sie nach Angabe ihrer Arbeitgeber „ohne Grund“ das Arbeitsverhältnis lösten.

Seit Jahren streben unsere Künstler einen neuen gesetzlichen Legitimationszwang für die Gesellen an. Auch der kürzlich stattgehabte Handwerkertag für die Provinz Westfalen hat sich mit dieser „Frage“ beschäftigt und eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Legitimationsfreiheit für Gesellen sei eines der „größten Übel“; es müsse u. U. gesetzlich bestimmt werden, daß nur geprüfte Gesellen künftig „das Wandern erlaubt“ und diesen ein Wanderbuch mit Signalement zu verabreichen sei.

Wenn es den Künstlern wirklich nur darauf anläuft, daß arbeitssuchende Gesellen sich ausweisen, nun, so brauchen sie ja nur darauf zu bestehen, daß jeder solcher Geselle das im § 113 der Gewerbeordnung vorgesehene Abgangszeugnis seines früheren Arbeitgebers vorlegen kann. Aber darum ist es ihnen nicht zu thun. Was sie wollen, ist ein Legitimationszwang zum Zwecke der Beherrschung des Arbeitsmarktes im Gewerbe und der Stärkung ihrer zünftlerischen Organisation. Die Innung soll den Gesellen „legitimieren“, d. h. ihn für würdig und fähig erklären, in Arbeit genommen zu werden. Die Grundlage dieser Legitimation soll das Zeugnis über die Komödie der „Gesellenprüfung“ bilden, welche die Künstler, ebenso wie die sogenannte „Meisterprüfung“ obligatorisch gemacht wissen wollen. Und nur solchen Gesellen, welche dieses Zeugnis aufweisen, soll es „erlaubt“ sein, zu wandern“, d. h. sich im Lande nach Arbeit umzusehen. Das Aussuchen von Arbeit, die Freizügigkeit, soll nur Innungs-Gesellen gestattet sein und die Legitimation hierzu soll auf Grund der Innungszeugnisse die Polizei ausstellen in Form von „Wanderbüchern mit Signalement“.

Schade, daß auf dem westfälischen Künstlertag dieses schöne Projekt nicht eine nähere Ausführung erfahren hat. Damit wären die bleibenden Innungsmänner denn glücklich noch über die „gute alte Zeit“ hinaus. Denn damals war das Wandern ebenso ein Recht wie eine Pflicht der Gesellen, während es im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung mehr und mehr zu einer Notwendigkeit geworden ist. Von einem „Wandern“ im alten Sinne des Wortes kann keine Rede mehr sein. Im Kampf um's Dasein ziehen die Scharen der Arbeitslosen durch die Lande, um Beschäftigung und Brod zu finden. Die bittere Not treibt sie. Und diesem Zwange der Not zu gehorchen, das wollen unsere Künstler in ihrer entseeligen Bevölkertheit und Annahme von einer „Erlaubnis“ abhängig machen.

Im Zusammenhang hiermit steht folgende, ebenfalls vom westfälischen Handwerkertage angenommene Resolution:

Der Handwerkertag hält es, als naturgemäß notwendig, die Gesellen mit berathen der Stimme zum Bunde als Mitglieder heranzuziehen, damit sie sich für ihre Kunst als Meister vorbereiten und die für den Handwerkstand erforderlichen und noch zu erlernenden Gesetze lernen. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, mit allen bestehenden christlichen Gesellenverbündungen nach dieser Richtung hin zu verhandeln, eben die Gründung der Innungs-gesellenverbündungen in die Wege zu leiten.“

Naturngemäß haben die Gesellen in der Innung garnichts zu thun! Naturngemäß sind sie auf ihre eigene, selbstständige Organisation angewiesen, wo sie nicht nur berathen, sondern auch beschließende Stimmen haben! Naturngemäß ist es ein Unsinn, in den Innungen die Gesellen „für ihre Zukunft als Meister“ vorbereiten zu wollen, zumal nur ein verwündend kleiner Bruchteil von Gesellen zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit gelangen kann. Die erdrückende Mehrheit der Gesellen bleibt bis an's Lebensende Lohnarbeiter. Das, wissen unsere Künstler auch ganz gut. Aber sie hoffen immer noch, wenigstens einem Theile der Gesellen blaue Kunst vorzumachen, zu können. Auf die „christlichen“

Gesellenverbündungen haben sie es abgesehen. Sie halten sie für dummi genug, auf den Gedanken der Gründung von „Innungs-gesellenverbündungen“ einzugehen. Sie werden aber auch von dieser Seite das gewünschte Entgegenkommen nicht finden, denn selbst die „christlichen“ Gesellen dürfen keine Lust verspüren, sich zu Statisten der Innungs-Märktelei zu machen.

Zünftlerische Gesellenverbündungen hat es auch in der guten alten Zeit gegeben. Aber diese Verbündungen waren Kampforganisationen gegen das zünftlerische Arbeitsherrenthum. Könnte es gelingen, den modernen Innungen Gesellenverbündungen einzufügen — diese Verbündungen würden naturngemäß auch nur Kampforganisationen sein können. Das hat sich ja schon genugsam gezeigt bei den Gesellenauschüssen der Innungen. Es wird den Künstlern nie und nimmer gelingen, ihren Zwecken die Gesellschaft dienstbar zu machen. Diese Gesellschaft ist eine Lohnarbeiterhaft, die nicht zusammengehen kann in einer Organisation mit dem zünftlerischen Arbeitgeberthum, zumal dieses in gebürgster Weise dem Koalitionsrecht der Gesellen sich widerstellt. Zum Harlekin der Künstler lädt ein rechthaffter Geselle sich nicht degradieren.

Maurerbewegung.

(Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.)

Im Streik befinden sich resp. ausgelöscht sind die Kollegen in Preußen-Gramzow, Neustettin, Friedland u. Wismar. Besperrt sind die Bauten der Unternehmer Wittens & Möhler, H. Baumgarten, Karl Baumgarten, S. Christe, Körding, Döppling, F. Fahrerkrug, Prell & Käufert, F. Höbel, C. Nebel, Beno, Ohlens & Sprenger, Rebeschke, Cobbold, M. Sverz und H. Schröder in Hamburg wegen Afordorber; in Wittstock die Bauten des Unternehmers Spangenberg, weil er den geforderten Lohn nicht zahlt; in Dannenberg die Bauten des Unternehmers Heinrich Wahls; in Parchim die Bauten des Unternehmers Städting; in Schönbeck-Salze Neubau der Majonäsfabrik, Unternehmer Brämmer; in Bremen die Bauten des Unternehmers Tischmann; in Delitzsch die Bauten des Unternehmers Bierende; in Menstedt die Bauten des Unternehmers Börner; in Bützow die Bauten des Unternehmers Schramm.

Die Sperrung über die Bauten des Unternehmers Fischbeck in Mönburg an der Saale ist aufgehoben worden, da der Unternehmer sich verpflichtet hat, den bisherigen Lohn von 38 & weiter zu zahlen. — Die Sperrung in Borna über das Bauunternehmen W. Baugäßi konnte gleichfalls aufgehoben werden, da M. den geforderten Lohn bezahlt. — Von der Aufrichterhaltung der Baupolizei über den Unternehmer Sabrowsky in Minden soll Abstand genommen werden. Die dortigen Kollegen wollen es erst nochmals in Güte versuchen, Herrn Sabrowsky zu belehren.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Aus dem Buchthaus entlassen wurde am Sonntag, 8. d. M. unser Kollege Kries in Elbing. Wie noch allgemein in Erinnerung sein dürfte, wurde Kries von der Elbinger Straßammer zu einem Jahre Buchthaus verurtheilt, weil er in einem Streitprozeß einem Zeugen die Worte zugesprochen hatte: „Na, legt ihn — den Angelagien — man nicht zu soll rein.“ Das Gericht erblieb hierin den Verlust zur Berichtigung zum Meineide und erkannte auf die vorerwähnte ungemein schwere Strafe. Daß die Elbinger Arbeiter in Kries nicht den „Büchhäusler“, den „Verbrecher“ haben, beweist der felssige Empfang, der ihm bereitet worden. Der Vertrauensmann der Elbinger Arbeiterchaft, Genosse König, war unserem Kollegen entgegengetreten, und als der Zug in den Bahnhof eintrat, drauste dem in die Freiheit Bürdigtretten ein hunderststimmes Hoch entgegen. In jener Droschen fuhr Kries mit seiner Familie und seinen näheren Freunden nach dem Gewerbeschause, von vielen Hunderten von Parkeigenen im Zuge geleitet. Im Gewerbeschause, wo das Gewerbeschafstall zu Cören Kries' eine Feier veranstaltet hatte, waren an 1500 Personen versammelt, die ihr Freude beim Eröffnen Kries' durch ein donnerndes Hurrau ausdrückten. Mehrere Genossen hielten Begrüßungsansprachen, worin sie hervorhoben, daß Kries in den Augen seiner Freunde und Mitstreiter heute noch dieselbe Ehrenmann sei wie stets. Auch Kries hielt eine Ansprache und sagte, daß er unschuldig gelitten habe und auch in Künft seine Pflicht thun werde.

Auch wir beglückwünschen den schwergepriften Kollegen zu der wiedergewonnenen „Freiheit“. Die Liebe und Achtung seiner Kollegen ist ihm trotz der „entlehnenden“ Strafe nicht verloren gegangen; sie dürfte eher noch gestiegen sein. Das Volk urteilt anders als rechtsgeschulte, in- und mit dem geschriebenen „Recht“ erstarnte Juristen. Und das Volksurteil ist das maßgebende.

* * *

Bericht über meine in der Zeit vom 22. September bis mit 22. Oktober d. J. ausgeführte Agitation. Dem mir ertheilten Auftrag zufolge trat ich am 22. September meine Reise an und hielt die erste Versammlung an demselben Tage in Herford ab, welche von den Kollegen, nicht sehr zahlreich, besucht war. Arbeit war bisher dagegen genügend vorhanden. Die Kollegen gehören fast ausnahmslos der Organisation an.

Am 23. September stand in Sommer eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt. Durch den Streik waren viele Kollegen abgereist, welche zum Theil noch nicht wieder zurückgekehrt sind. Die Organisation besteht kräftig weiter.

In Magdeburg war am 24. September nur eine Mitgliederversammlung einberufen, welche nur schwach besucht war. Die Kollegen zogen es vor nach der Messe, welche 14 Tage anhält, zu gehen, anstatt nach der Versammlung.

Auch in Linden am 25. September konnte die dafelbst einberufene Mitgliederversammlung besser besucht sein. Arbeitsgelegenheit war noch günstiger als in dem angrenzenden Hannover.

Von hier ging es nach dem Rheinland und fand die erste Versammlung in Essen statt. Auch diese war schwach besucht. Bei noch günstiger Konjunktur ist der Lohn von 45,- S pro Stunde auf 38,- 42,- S pro Stunde gesunken, was in der Hauptsache dem christlichen Verbande zu verdanken ist.

In Wülleheim a. d. Ruhr war die Versammlung mäßig besucht. Es waren 33 Personen anwesend. Arbeit ist noch genügend vorhanden, trotzdem ist der Lohn um 3,- 5,- S pro Stunde zurückgegangen.

In Oberhausen ist es den Kollegen nicht möglich, ein Lokal für Versammlungen zu erhalten, daher fand eine Versammlung statt, an welcher auch nur wenige Kollegen teilnahmen. Der Lohn ist von 4,- S pro Stunde gesunken auf 35,- 42,- S pro Stunde; gleichwohl ist viel Arbeit vorhanden.

Auch in Duisburg ist der Lohn theilsweise bei günstigen Arbeitsbedingungen um 2,- 3,- S pro Stunde gesunken. Die Versammlung war von 64 Kollegen besucht, während noch einmal so viel der Organisation angehören. Ein Drittel der dortigen Kollegen ist die gehandhabte Nachfrage dem Kaiser gegenüber, welcher glaubt es müsse ein jeder nach seiner Weise tanzen, obwohl er fast in Sitzen erscheint und selbst die persönlichen Auforderungen überliefert läßt.

In Münster hatten die Kollegen wohl das Lokal bestellt, aber es war kein Anmeldung der Versammlung erfolgt, auch kein einziger Kollege im Lokal erschienen. Nachricht war mit keine zugegangen. Ich war genötigt, mit einigen Duisburger Kollegen von Kneipe zu Kneipe zu laufen, um das Lokal ausfindig zu machen. Kein Wunder, wenn dann bei späteren Anfragen die Wirklichkeit ihrer Lokalitäten weichen wird.

In Velbert war die Versammlung trotz der ungünstigen Witterung einigermaßen besucht. Die Arbeitsgelegenheit war bedeutend günstiger als im Frühjahr. Lohnzurückgewinne sind nicht vorgesehen. Die Arbeitszeit beträgt 10,- 11 Stunden, der Lohn bei 10stündiger Arbeitszeit 48,- S pro Stunde, bei 11stündiger 38,- 42,- S pro Stunde.

In Elberfeld und in Witten waren die Versammlungen schwach besucht. In beiden Orten herrschte eine rege Bautätigkeit; auch sind die Aussichten für die Zukunft sehr günstig. Lohnzurückgewinne kamen ganz vereinzelt in Elberfeld vor. Der Lohn beträgt in Elberfeld 40,- 45,- S pro Stunde; in Witten 4,- bis 4,50 pro Tag, bei 10stündiger Arbeitszeit.

In Düsseldorf war die Versammlung mäßig besucht. Ich bin überzeugt, hätte eine Lohnfrage auf der Tagessitzung gestanden, der Saal wäre zu klein gewesen. Die Bautechnik ist äußerst günstig, trotzdem haben Lohnzurückgewinne von 2,- 3,- S pro Stunde stattgefunden. Hier ist der Kloßlohn in der tristen Art vertreten. Es werden bei 10stündiger Arbeitszeit pro Stunde 40,- 50,- S gezahlt.

In Hilden war die Versammlung infolge des schlechten Wetters nur mäßig besucht. Hier arbeiten die Kollegen noch 11 Stunden bei 39,- 48,- S Lohn pro Stunde. Laut Innungsbesluß sollte vom 1. April b. 3 10stündige Arbeitszeit und 45,- S Stundensatz eingeführt werden. Die Unternehmer haben diesen Beschluss ignoriert und die Arbeiter — haben geschwiegen. Eine Folge der dort noch schwachen Organisation.

In Mettmann sind nur ein paar Kollegen der Organisation angehörig und war von denselben auch keine Versammlung veranstaltet worden.

In Kreisfeld war die Versammlung schwach besucht, jedoch die interessantesten der ganzen Tour. Katholische und evangelische Arbeitervereinigungen waren vertreten und traten in Aktion. Dies war die Würze der Versammlung. Sie wurden in entsprechender Weise widerlegt. Ich bin überzeugt, daß diese Versammlung den dortigen Kollegen noch lange in fröhlicher Erinnerung bleiben wird.

In Neukirchen waren nur drei Kollegen zur Versammlung erschienen. Ich gewann den Eindruck, daß gar keine Versammlung einberufen war. Der Vorsitzende ist Barlier am Kirchenbau und demnach kaum in der Lage, öffentlich für unsere Beteiligungen einzutreten. Die am Orte eingezogenen Erdbebenfestigungen bestätigten meine Auffassung. Der Lohn wurde reduziert von 40,- 48,- S auf 28,- 42,- S pro Stunde. Arbeitsmangel macht sich bemerkbar.

Zu Aachen wurde infolge von schwachen Besuches keine Versammlung abgehalten. Wir besprachen bei einem Glas Bier mit den Kollegen unsere Angelegenheiten. Arbeitsmangel ist stark vorhanden. Der Lohn beträgt 30,- 42,- S pro Stunde bei einer Theuerung der Lebensbedürfnisse, wie man sie anderwärts wohl nirgends antreffen wird, weil die Stadtbehörde hohe Abgaben auf dieselben erhebt.

In Düren war Versammlung angemeldet; aber nicht einmal die beiden Vorständen kamen es für nötig zu erscheinen. Am Gange waren fünf Kollegen anwesend. Dabei ist Arbeitsmangel am Orte vorhanden und die Unternehmer haben den Lohn um 8,- S pro Stunde heruntergedrückt. Eindeutlicher Beweis für die Arbeiter von der christlichen Bedeutung der Unternehmerkundschaft.

Die Versammlung in Köln a. Rh. konnte auch besser besucht sein, zumal der Zweigverein circa 400 Mitglieder zählt. Die Arbeitsgelegenheit ist noch ganz günstig. Der Lohn beträgt pro Stunde 38,- 50,- S.

In Mülheim a. Rh. fand keine Versammlung statt. Die dortigen Mitglieder haben sich dem Zweigverein Köln angeschlossen.

In Wald fand eine schwach besuchte Versammlung statt. Trotz günstiger Arbeitsgelegenheit ist der Lohn um 10,- 30,- S pro Tag gegen voriges Jahr zurückgegangen. Bei 11 Stunden Arbeitszeit werden 4,- bis 4,40 Lohn pro Tag gezahlt. Die hessischen Kollegen, die in großer Anzahl dort arbeiten, sind nicht zu bewegen, der Organisation beizutreten.

In Solingen war die Versammlung lediglich besucht. Auch hier ist günstige Arbeitsgelegenheit vorhanden. In Lohn werden 40,- 45,- S pro Stunde bei 11stündiger Arbeitszeit gezahlt. Theilweise ist eine Aufsetzung zu verzeichnen. Seit 1. Oktober ist die Arbeitszeit durch die Unternehmer

auf 10 Stunden ermäßigt, während anderwärts noch längere Zeit bis 11 Stunden gearbeitet wurde.

Eine schwach besuchte Versammlung fand in Remscheid statt. Die Organisation, welche eingeschlossen war, erwachte wieder zu neuer Thätigkeit. Die Arbeitszeit beträgt dort noch 11,- 12 Stunden bei einem Lohn von 38,- 48,- S pro Stunde.

Die Versammlung in Münzenberg in Hannover war politisch verboten, weil sie angeblich zu spät angemeldet worden sei. Die betreffenden Kollegen behaupteten das Gegenteil. Wir haben uns zur Entschädigung ein paar Stunden an Wirtschaft unterhalten. Die Arbeit läuft nach. Es werden 38,- S pro Stunde Lohn bezahlt, theilweise noch etwas weniger. Arbeitszeit 10,- 11 Stunden. Hauptsächlich sind es die Kollegen aus dem Eichsfelde, welche noch 11 Stunden arbeiten.

In Göttingen war die Versammlung sehr schwach besucht. Arbeit ist noch viel vorhanden. Die Kollegen arbeiten 11,- 12 Stunden bei einem Lohn von 25,- 30,- S pro Stunde. Lohnzurückgewinne von 1,- 2,- S pro Stunde haben stattgefunden.

Gelsenkirchen schwach besucht war die Versammlung in Osnabrück a. S., weil die Kollegen meistens drei Stunden vom Orte entfernt arbeiten. Der Lohn beträgt 27,- 30,- S pro Stunde bei 10stündiger Arbeitszeit.

Auch in Elberfeld war die Versammlung schwach besucht. Arbeit ist genügend am Orte. Der Lohn beträgt 22,- 30,- S pro Stunde bei 10stündiger Arbeitszeit; derfelbe ist gegen das Vorjahr um 8,- S pro Stunde zurückgegangen.

In Nordhausen ist die Versammlungsbefreiung auch zu wünschen übrig. Die Arbeitsgelegenheit ist nur eine mittelmäßige; der Lohn beträgt 35,- S pro Stunde bei 10stündiger Arbeitszeit. Sollte der schwache Versammlungsbefreiung seinen Grund haben in der Verfolgung der Geschäftsführung dem Verbande den Rücken? Gestern braucht Ihr ihn nötiger denn je. Wäre Ihr alle ehrliche und wichtige Verbandsmitglieder, dann könnten sich die Unternehmer hüten, den Lohn zu fürzen. Schafft Ihr aber weiter, dann wird der Lohn noch tiefer sinken und in einer kommenden, besseren Geschäftssperiode wird es sehr schwerer halten, den Lohn auf seine frühere Höhe zu bringen, und noch schwerer, einen höheren Lohnzustand zu fordern und auch durchzudringen.

In den Zweigvereinen Großheringen, Templin und Königs Wusterhausen waren die letzten Mitgliederversammlungen so schlecht besucht, daß an eine Erledigung der zum Theil recht wichtigen Verhandlungsgegenstände garnicht gedacht werden konnte. Die Zweigvereinsvorstände erinnern die Kollegen daran, daß es auch zu ihren Pflichten gehört die Versammlungen zu besuchen. Die Gleicherfülligkeit unter den Kollegen muß in der That einen recht hohen Grad erreicht haben, wenn sie es nicht einmal mehr für nötig halten, zu einer Versammlung zu gehen, in welcher die Erneuerung des Tarifs auf der Tagesordnung steht, wie dies in Templin der Fall war. Wenn die Kollegen weiter in ihrer Gleicherfülligkeit beharren, dann werden sie die Folgen davon bald am eigenen Leibe verspüren. Die Unternehmer müßten ja große Ersparnisse machen, wenn sie sich die Energielosigkeit der Kollegen nicht zu Nutze machen würden. Das ist von ihnen nicht zu erwarten, sondern es steht viel eher zu befürchten, daß sie nicht nur die Erwartungen der letzten Jahre mit einem Gedränge befehligen werden, sondern auch noch eine erhebliche Verstärkung der früheren Lohn- und Arbeitsbedingungen werden eintreten lassen. Ob es den Kollegen dann möglich sein wird, sich hiergegen zu wehren, muß billig bezeichnet werden. Es wird uns nur möglich sein, ungestört durch die Krise hindurch zu kommen, wenn die Kollegen überall und zu jeder Zeit ihre volle Pflicht tun; und dazu gehört auch der Besuch der Versammlungen. In Templin findet am 1. Dezember wiederum eine Versammlung statt, in welcher die Erneuerung des Tarifs vor Beratung kommt. Hoffentlich werden die Kollegen dann vollzählig am Platz sein.

Am 2. d. M. fand im Zweigverein Deutsch-Wissa eine Mitgliederversammlung statt, welche von 25 Kollegen besucht wurde. Kollege Rössler aus Breslau war anwesend und legte es den Kollegen an's Herz, doch öfter die Versammlungen zu besuchen und treu zusammen zu halten, denn die Herren Meister von Wissa und Umgebung zahlten dieses Jahr nur 22 bis 28,- S Stundentag, während sie voriges Jahr 24 Mittagsstundenlohn von 29,- S pro Stunde zahlten. Redner erinnerte sodann über Bericht über die Unfälle im Bauwesen und über die Aufgaben des Bauarbeiter-Schutzbundes, welche sich in Breslau gebildet hat. Es wurden jedoch noch einige Angelegenheiten erledigt, worauf Schlüß der Versammlung erfolgte.

NB. Es ist ein Jammer, daß in Wissa (es liegt nur 1/2 Meile von Breslau) noch so niedrige Löhne gezahlt werden und die Kollegen sich so schlecht an der Organisation beteiligen. Es müssen in einem Jahre 22 Mitglieder wegen restriktiver Beiträge in den Hauptstift getrieben werden, so daß noch 50 Mitglieder in dem kleinen Zweigverein verblieben.

Am Sonntag, 8. November, hielt die Hälfzszahlstelle Elgershausen ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche sich eines guten Vertrages zu erfreuen hatte. Trotzdem wäre zu wünschen, daß sich die Kollegen aus Altenritte, Elmshagen und Hoof an den Versammlungen, welche jeden letzten Sonntag im Monat stattfinden, beteiligen, denn letztere Kollegen erscheinen leider fast in seiner einzigen Versammlung. Kollege Semeloth erstattete zunächst Bericht über die am 8. September in Cassel stattgefundenen Konferenz und verlas das Regulat des Caues und das des Zweigvereins Cassel. Redner knüpfte hieran die Folgerung, daß die getroffenen Einrichtungen besser seien als die bisherigen. Ein richtigen Sinn gehörten doch alle die Mitglieder in den nächsten Jahren zu wünschen, daß sich die Kollegen in Breslau stellen zu dem Zweigverein Cassel, die Zahlstellen hätten nur den Zweck, die Organisationsarbeit zu erleichtern, da der Zweigverein und Bauvorstand die Verhältnisse nicht so leicht zu überblicken vermögen, wie die Mitglieder an den einzelnen Orten. Als Hälfzszahlstelle und "Grundstein"-Vorstand wurde dann Kollege Holzhauer II gewählt. Eine Anfrage bezüglich der Abrechnung wurde dahin beantwortet, daß dieselbe in nächster Zeit fertiggestellt werden würde. Zum Schlus empfahl Kollege Poppemüller den Mitgliedern noch, sie möchten, sich die Kollegen in Großhennig zum Muster nehmen, dann könne es nicht vorkommen, daß Mitglieder wegen Schulden gestrichen werden müssten.

Am Sonntag, 27. Oktober, tagte in Hagen eine sehr starke Versammlung, welche die öffentliche Bauarbeiterversammlung mit den

32. d. Als im Frühjahr dieses Jahres der Zweigverein Bismarck sich bemühte, mit den Unternehmern einen Lohn- und Arbeitsvertrag abzuschließen, da waren es die Unternehmer, die durchaus nicht dafür zu haben waren. Jedenfalls haben sie schon damals mit einer späteren Lohnreduktion gerechnet und wollten in ihrem törichten Ehrgeiz nicht durch einen Vertrag gehindert sein. Wenn auch erst engen Kollegen der Lohn gefürchtet worden ist, die liebriegen werden auch an die Reihe kommen. Eine Abwehr der Unternehmertaktiken ist jetzt so ähnlich ausgeholt. Das wissen auch die Meister. Das Baugeschäft in Bismarck geht zur Zeit sehr flau. Noch flauer, aber sind die Kollegen im Versammlungsbefreiung.

Bei einer durchschnittlichen Zahl von 140 Mitgliedern war in diesem Jahre die höchste Bevölkerung einer Versammlung 38 Mitglieder. Gewöhnlich haben wir mit 20,- bis 25 Versammlungsbefreiern zu rechnen, meist die besten Leute. Man muß glauben, daß es unteren Kollegen zu wohl geht, da sie es für zweckdienlich halten, das ganze Jahr in keine Versammlung zu kommen. Dieser Ansicht sind vielleicht auch die Unternehmer. Schade nur, daß die jungen Mitglieder unter der Laufzeit dieser Kollegen mit leiden müssen. Einige Kollegen, die im Sommer in einer Thonherrenfabrik als Maurer angestellt gefunden hatten, und deshalb auch Winterarbeit haben, meldeten sich sofort vom Verband ab. Gründe: Sie hätten jetzt dauernde Arbeit und brauchten den Verband nicht. Sollten sie später aus der Fabrik entlassen werden, dann würden sie wieder dem Verband beitreten und hätten so und so viel Beitrag gebracht.

Im Nordkreis ist die Versammlungsbefreiung auch zu wünschen übrig. Die Arbeitszeit ist nur eine mittelmäßige; der Lohn beträgt 35,- S pro Stunde bei 10stündiger Arbeitszeit. Sollte der schwache Versammlungsbefreiung seinen Grund haben in der Verfolgung der Geschäftsführung dem Verbande den Rücken? Gestern sehr braucht Ihr ihn nötiger denn je. Wäre Ihr alle ehrliche und wichtige Verbandsmitglieder, dann könnten sich die Unternehmer hüten, den Lohn zu fürzen. Schafft Ihr aber weiter, dann wird der Lohn noch tiefer sinken und in einer kommenden, besseren Geschäftssperiode wird es sehr schwerer halten, den Lohn auf seine frühere Höhe zu bringen, und noch schwerer, einen höheren Lohnzustand zu fordern und auch durchzudringen.

In den Zweigvereinen Großheringen, Templin und Königs Wusterhausen waren die letzten Mitgliederversammlungen so schlecht besucht, daß an eine Erledigung der zum Theil recht wichtigen Verhandlungsgegenstände garnicht gedacht werden konnte. Die Zweigvereinsvorstände erinnern die Kollegen daran, daß es auch zu ihren Pflichten gehört die Versammlungen zu besuchen. Die Gleicherfülligkeit unter den Kollegen muß in der That einen recht hohen Grad erreicht haben, wenn sie es nicht einmal mehr für nötig halten, zu einer Versammlung zu gehen, in welcher die Erneuerung des Tarifs auf der Tagesordnung steht, wie dies in Templin der Fall war. Wenn die Kollegen weiter in ihrer Gleicherfülligkeit beharren, dann werden sie die Folgen davon bald am eigenen Leibe verspüren. Die Unternehmer müßten ja große Ersparnisse machen, wenn sie sich die Energielosigkeit der Kollegen nicht zu Nutze machen würden. Das ist von ihnen nicht zu erwarten, sondern es steht viel eher zu befürchten, daß sie nicht nur die Erwartungen der letzten Jahre mit einem Gedränge befehligen werden, sondern auch noch eine erhebliche Verstärkung der früheren Lohn- und Arbeitsbedingungen werden eintreten lassen. Ob es den Kollegen dann möglich sein wird, sich hiergegen zu wehren, muß billig bezeichnet werden. Es wird uns nur möglich sein, ungestört durch die Krise hindurch zu kommen, wenn die Kollegen überall und zu jeder Zeit ihre volle Pflicht tun; und dazu gehört auch der Besuch der Versammlungen. In Templin findet am 1. Dezember wiederum eine Versammlung statt, in welcher die Erneuerung des Tarifs vor Beratung kommt. Hoffentlich werden die Kollegen dann vollzählig am Platz sein.

Am 2. d. M. fand im Zweigverein Deutsch-Wissa eine Mitgliederversammlung statt, welche von 25 Kollegen besucht wurde. Kollege Rössler aus Breslau war anwesend und legte es den Kollegen an's Herz, doch öfter die Versammlungen zu besuchen und treu zusammen zu halten, denn die Herren Meister von Wissa und Umgebung zahlten dieses Jahr nur 22 bis 28,- S Stundentag, während sie voriges Jahr 24 Mittagsstundenlohn von 29,- S pro Stunde zahlten. Redner erinnerte sodann über Bericht über die Unfälle im Bauwesen und über die Aufgaben des Bauarbeiter-Schutzbundes, welche sich in Breslau gebildet hat. Es wurden jedoch noch einige Angelegenheiten erledigt, worauf Schlüß der Versammlung erfolgte.

NB. Es ist ein Jammer, daß in Wissa (es liegt nur 1/2 Meile von Breslau) noch so niedrige Löhne gezahlt werden und die Kollegen sich so schlecht an der Organisation beteiligen. Es müssen in einem Jahre 22 Mitglieder wegen restriktiver Beiträge in den Hauptstift getrieben werden, so daß noch 50 Mitglieder in dem kleinen Zweigverein verblieben.

Am Sonntag, 8. November, hielt die Hälfzszahlstelle Elgershausen ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche sich eines guten Vertrages zu erfreuen hatte. Trotzdem wäre zu wünschen, daß sich die Kollegen aus Altenritte, Elmshagen und Hoof an den Versammlungen, welche jeden letzten Sonntag im Monat stattfinden, beteiligen, denn letztere Kollegen erscheinen leider fast in seiner einzigen Versammlung. Kollege Semeloth erstattete zunächst Bericht über die am 8. September in Cassel stattgefundenen Konferenz und verlas das Regulat des Caues und das des Zweigvereins Cassel. Redner knüpfte hieran die Folgerung, daß die getroffenen Einrichtungen besser seien als die bisherigen. Ein richtigen Sinn gehörten doch alle die Mitglieder in den nächsten Jahren zu wünschen, daß sich die Kollegen in Breslau stellen zu dem Zweigverein Cassel, die Zahlstellen hätten nur den Zweck, die Organisationsarbeit zu erleichtern, da der Zweigverein und Bauvorstand die Verhältnisse nicht so leicht zu überblicken vermögen, wie die Mitglieder an den einzelnen Orten. Als Hälfzszahlstelle und "Grundstein"-Vorstand wurde dann Kollege Holzhauer II gewählt. Eine Anfrage bezüglich der Abrechnung wurde beantwortet, daß dieselbe in nächster Zeit fertiggestellt werden würde. Zum Schlus empfahl Kollege Poppemüller den Mitgliedern noch, sie möchten, sich die Kollegen in Großhennig zum Muster nehmen, dann könne es nicht vorkommen, daß Mitglieder wegen Schulden gestrichen werden müssten.

Am Sonntag, 27. Oktober, tagte in Hagen eine sehr starke Versammlung, welche die öffentliche Bauarbeiterversammlung mit den

Tagesordnung: "Die bevorstehende Wahl eines Gesellen-ausflusses zu der hier bestehenden freien Innung der Baugewerksmeister." Kollege Lüder aus Düsseldorf, welcher als Referent anwesend war, gab zunächst einen Überblick über die Entstehung des Handwerksgefechts, auf Grund dessen sich die Innungen gebildet haben. Sodann beleuchtete er die Aufgaben der Innungen und untersuchte, ob sie im Stande und gewillt seien, dieselben ehrlich zu erfüllen. Er kam dabei zu einem negativen Resultat. Den Innungen sei als Hauptaufgabe die Hebung des Handwerks angewiesen, und um diesen Zweck zu erreichen, seien verschiedene Mittel angegeben, die für zum Theil auf die Unternehmer selbst, zum Theil auf die Arbeiter beziehen. Es könne garnicht davon die Rede sein, daß von allen angegebenen Mitteln schon ein einziges zur Anwendung gekommen sei. Ein Innungsstatut heiße es, daß der Gemeingeist gepflegt werden solle. Man brauche nur an das Submissionsbüro und seine wunderlichen Blättern, die es treibt, zu denken, um sich eine Vorstellung zu machen von dem Gemeingeist, der in den Innungen herrscht. In einem Punkte freilich seien die Innungsmitglieder gemeinten Sei: In der Ausdeutung und der brutalen Behandlung ihrer Arbeiter. Ein anderes Mittel zur Hebung des Handwerks sei die Förderung eines gebedeckten Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen, sowie die Fürsorge für das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis. Allein hiermit sei es ebenso schlecht gestellt. Das gebedeckte Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter sei wenn ein solches noch bestanden habe, in den letzten Jahren fast vollständig in die Brüche gegangen und zwar durch die Schuld der Unternehmer. In keiner einzigen Stadt Deutschlands, wo die Kollegen nach Verbesserung ihrer Behandlung streben, hätten die Unternehmer sich entgegenkommend gezeigt, überall seien die Kollegen sofort zurückgewiesen worden, so daß sie zu dem Mittel des Streiks greifen müßten, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen. Mit der Regelung des Lehrlingswesens sei es den Innungen in den meisten Fällen auch nicht Ernst, oftmals seien sie hierzu auch garnicht im Stande, wie dies wohl hauptsächlich in Niedersachsen und Westfalen auftrate. Wie könne ein Schreiner, Schäfer, Bäuer oder ein anderer Handwerker — und aus solchen Elementen seien sich zum großen Theil die Baugewerbeinnungen zusammengestellt — einen Lehrling im Bauhandwerk ausbilden, von dem er selbst nichts verstehe. Die Folge sei dann auch, daß es eigentlich keine Lehrlinge, wenigstens im Maurerberufe, garnicht gebe. Die Junggesellen retritieren sich hauptsächlich aus den Handlungen, die wenn sie des Handelns überdrüssig sind, einfach zu Hammert und Kelle greifen und sich dann als Maurer ansprechen. Dies sei ein Nebenstand auch in Bezug auf die Organisation der Gesellen. Was nun die Arbeitsnachweise der Innungen anbetreffe, so könnten diese nicht anders bezeichnet werden, als Büroaus für Anfertigung und Herausgabe schwäbiger Bitten. Alle die schönen Mittel also, welche die Innungen zur Erreichung ihres Zwecks in Anwendung bringen wollen, seien nichts als Staffage, dazu angehören, dem Unergebene Sand in die Augen zu streuen. Dies trifft auch auf den Gesellenausschuß zu, der berufen sein soll. Streitigkeiten zwischen der Innung und den Gesellen zu schlichten. Der Gesellenausschuß sei der Innung gegenüber völlig machtlos, wenn nicht die Gesellen in einer guten Organisation hinter ihm ständen. Hierfür müsse zunächst Sorge getragen werden, dann müsse man aber auch Kollegen wählen, die den Wuth bestehen, die Interessen der Gesellen nach jeder Richtung zu vertreten. Um Schluß seiner Ausführungen beiwohnte Redner dann noch auf die Verhandlungen des Verbandsstages der Baugewerbeinnungen in München. Hier hätten die Unternehmer den Gesellen ihr wahres Gesicht gezeigt und dargetan, daß sie absolut nicht für die Verbesserung ihrer Arbeiter zu haben sind. Diejenen bleibe also weiter nichts übrig, als ihre Organisation zu stärken und für deren weitere Ausbreitung Sorge zu tragen, um eventuell dem Ausbeuterthum durch eine geschlossene Kette gegenübertreten zu können. In der Diskussion nahm zunächst der Vertreter der christlichen Organisation Burkard aus Dortmund, das Wort. Er bezeichnete das Lehrlingswesen als sehr verbessерungsbedürftig. Die ungeliebten Maurer seien meistens zu unerfahren und der ihr obliegenden Arbeit zu wenig gebraucht, daß viele Unglücksfälle dadurch entstehen. In den Gesellenausschüssen müßten tüchtige, rücksichtige Arbeiter gewählt werden, aber man dürfe nicht zu darf vorgeben. Fest und bestimmt, aber in möglicher Form, im verschämlichen Sinne müsse man die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Innungsfrankensassen finden nicht den Gefall des Redners, weil die Arbeiter nicht mit all der Verwaltung herangezogen werden. Dagegen wünscht er, daß die christlichen Arbeiter bei den Gewerbeberufsausschüssen berücksichtigt werden. In der Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen Scholt und Schäfer. Der Erste sprach über die Wohnungsfrage und der letzte Redner erinnerte an das Zustandekommen der Innung und des Gesellenausschusses vor zwei Jahren. Man dürfe sich nicht wieder übertumpfen lassen, wie dies damals geschehen. Die Auflistung der Kandidaten soll in einer Mitgliederversammlung vorgenommen werden. Wählbar sind nur solche Kollegen, die das Amt eines Schöffen bekleiden können. Wahlerrecht ist jedoch jeder Kollege, der bei einem Innungsmeister in Arbeit steht. Wegen vorgerückter Zeit mußte nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Lüder, in welchem er zum Eintreten in den Verband aufgerufen wurde, die Verhandlung geschlossen werden.

In der am 4. November stattgehabten Versammlung des Zweigvereins Harburg hielt Kollege König-Lüdinghausen einen lehrreichen Vortrag über die erzielbare Aufgabe der Gewerbeausschäften. Beginnend mit den schönen Worten des berühmten Gesellen Wilhelm Bleibrecht: "Wissen ist Macht! Macht ist Wissen!" verbreitete Redner sich eingehend über die Verbreitung und Erfolge der Gewerbeausschäften auf dem Gebiete der Erziehung und Weiterbildung der Arbeiterschaft. Vor 200 Jahren hat der Philosoph Leibniz den Ausdruck gehabt: "Gebt mir die Herrschaft über den Unterricht, und ich will die Welt umgestalten!" Ein sehr wahres Wort, das sich die Arbeiter immer wieder einprägen sollten. Da die Arbeiterschaft aber bisher wenig oder gar keinen Einfluß auf den Unterricht in den Schulen ausüben vermochte, müßten die Arbeitersorganisationen daran trachten, Bildung und Wissen in immer größere Kreise der arbeitenden Bevölkerung hineinzutragen. Denn an dem Tage, da das Wissen die Macht des arbeitenden Volkes erneutet, haben wir auch die Macht, die Welt unter ihrem Ideal

entsprechend umzustalten. Lebhafte Beifall lohnte den Redner. — Über die Verhandlungen der Hamburger Konferenz erläuterte Kollege Kruse Bericht; die Beschlüsse wurden vor der Versammlung gebilligt. Sodann nahm die Versammlung den Bericht des Kartellsbelegeren entgegen, woraus hervorkehrt ist, daß die weiblichen Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes vom Vertrag zum Arbeiterssekretariat bereit sind. Kollege Kruse meinte, es wäre bald an der Zeit, daß wir einmal Prototyp dagegen einsetzen, damit die weiblichen Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes nicht von allen Beiträgen bereit würden, da sie im Kartell dasselbe Stimmrecht hätten wie die anderen Mitglieder. Kollege Breßler wünschte, daß sich die Kolleginnen mehr an der Flugschiffserwerbung beteiligen möchten. Sodann wurden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß sie und ihre Frauen Einkäufe nur in den Geschäften machen möchten, welche im "Blößblatt" inserieren. Auch sollte jeder Kollege ferner bestrebt sein, den Losalbokott hochzuhalten, da die bekannten Losale "Saling's Harmonie", "Wilhelmstruh", "Bohmann's Bart" und "Gammon" stehen. Zum Schluß erhielten die Kollegen durch Erheben von ihren Plakaten das Andenken des verstorbenen Kollegen Oskar Gädeler.

Eine am Dienstag, 29. Oktober, abgehaltene Mitgliederversammlung des Zweigvereins Königswberg i. Pr. nahm zunächst einen Vortrag des Kollegen C. Schwarz-Hamburg entgegen über: "Die wirtschaftliche Lage im Baumgewerbe". Die Krisis sei mit Macht über die deutschen Arbeiter hereingetragen, so führte der Referent aus, und darunter hätten auch besonders schwer die Maurer zu leiden. Die Arbeitslosigkeit im Baumgewerbe habe eine Höhe erreicht, daß man mit Bangen dem kommenden Winter entgegensehen könne. Die vergangenen fünf Jahre seien eine Periode der Prosperität gewesen, aber die Arbeiter hätten nur wenig davon profitiert. Lebhaft, wo eine kleine Aufmerksamkeit des Zimmers expektiert wurde, hörte es schwerer Käufe seitens der Arbeiter bedurf, wobei sie das gesammte Bürgertum und dessen Presse gegen sich hatte. Redner schildert dann die Ursachen der jetzigen Krisis, welche er hauptsächlich auf die Wirkung in China und den räuberischen Krieg der Engländer gegen die Boeren in Südafrika zurückführt. Das ohnehin schlechte habe dem Deutschen Reich 300 Millionen Mark geflossen, der Gewinn sei aber dafür gleich Null. Um die Krisis eingetragen zu überwinden zu können, sei das Gesamtkonsortium der Kollegen an der Organisation vor allen Dingen notwendig. In diesem Sinne müßten die Kollegen unablässigt thätig sein eingedenkt des Goethe'schen Wortes: "Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erklamt muss." Im zweiten Punkte der Tagesordnung handelt es sich darum, Stellung zu nehmen zu der am 8. Dezember in Elbing stattfindenden Konferenz für Ost- und Westpreußen. Nachdem Kollege Schwarz im längeren Ausführungen den Stand der Konferenz klargestellt, wurde beschlossen, dieselbe durch drei Delegierte zu besetzen. Gewählt wurden die Kollegen Werner, Dubbe und Wotke.

Der Zweigverein Danenburg a. d. Elbe hielt am 8. November eine Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung für das Quartal wurde für richtig befunden und dem Kassier Dewage ertheilt. Über Kapitalgewinn und Arbeitsentlohnungen hielt Kollege August Beck einen Vortrag und führte u. a. aus, daß es noch Arbeiter gäbe, die nicht flat darüber sind, daß sie durch ihre Arbeitskraft kein Kapital für sie annehmen können. Doch auch diese Leute würden zu der Einsicht kommen müssen, daß ihnen durch unsere "herzliche" Gewerbeordnung noch nicht einmal die Gewähr geleistet ist, sich die nötigsten Unterhaltsmittel zu beschaffen. Weiter begründete Redner in längeren Ausführungen, daß die Arbeiter nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht hätten, alle Kulturrerungen schaffen, sich in Konkurrenz zu nehmen und daß sie sich zu diesem Zweck organisieren müßten. Die Voraussetzungen, welche politisch, gewerkschaftlich sowohl, wie wirtschaftlich die Versammlung erklärte, sind mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Über die statige Käufe konferenz des Zweigvereins Hamburg-Altona-Kiel berichtete Kollege Schupmacher. Einwendungen gegen die Beschlüsse der Konferenz wurden nicht erhoben. Der Kollege Ott war zum zweiten Male eingeladen, aber nicht erschienen; er soll nochmals, aber zum letzten Male eingeladen werden. Dr. Platzenberg, Ehrenmitglied, soll gleichfalls eingeladen werden, um sich wegen Verstoßes gegen den Rohrstrick zu verantworten.

In Magdeburg leben unsere Kollegen (die Bimmerer und Bauhüttenarbeiter ebenfalls) in Friede mit dem dortigen Gewerkschaftsrat. Die drei Gewerbeausschäfte sind der Meinung, daß das Gewerbeausschäfts-kartell nicht die Aufgaben erfüllen kann, die man ihm gestellt hat, und daher nicht mehr zeitgemäß ist. Nun finden bemüht Beiratserwähnungen zum Gewerbebericht in Magdeburg statt, wogegen auch die Maurer, Bimmerer und Bauarbeiter ihre Kandidaten vorgeschlagen haben, das Kartell hat aber diese von der Vorsitzlagsliste gestrichen. Eine Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins Magdeburg beschäftigte sich am 5. November mit dieser Angelegenheit. Kollege R. Koch führte unter Anderem folgendes aus: Wenn Unternehmer die Rechte ihrer Arbeiter anstreben und schmälen, so liege sich dieses schon begreifen, wenn dieses aber Arbeiter gegen Threschläger unternehmen, wie es jetzt bei den Gewerbeberufsausschäften vom Gewerbeausschäfts-kartell beschlossen worden ist, so wäre dieses doch tief beäußerlich. Jedoch uns überredete dieses nicht, denn ein Bericht vom Kartell in der "Vollstimme" habe es ja schon verraten, daß die drei Organisationen im Baumgewerbe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden sollen, um dieselben in das Kartell hinzuzubringen. Das Kartell fühlt sich wohl heute genug und reichlich zu machen. Er wolle aber schon heute kurzer Hand erklären, daß die Maurer sich ihr ihnen gegebenen Aufgaben nicht unter keinen Umständen schmälen lassen werden. Die Versammlung wäre zwar heute hier nicht kompetent, sondern die nächste Gewerbeausschäftsversammlung. Er empfahl der Versammlung folgende Resolution und bittet um deren Annahme: "Die heutige, am 5. November 1901, im 'Luisenbau' tagende Generalversammlung der Maurer Magdeburgs und Umgegend erachtet die sogenannten Gewerbeausschäfte nicht mehr für zeitgemäß, auch nicht dazu geeignet, die Grundlage für ein später zu errichtendes Arbeiterssekretariat abzulegen. Die Versammlung bestreitet deshalb dem Magdeburger Kartell die Macht, die seitens der am 27. August in der Versammlung der Maurer in Vorsitz gebrachten Kandidaten zu Gewerbeberufsschäfern von der Vorsitzlagsliste abzuziehen. Die Versammlung heißt vielmehr diesen Vorschlag gut und

erwartet, daß in der am 7. November stattfindenden Gewerbeausschäftsversammlung der Beschuß des Kartells aufgehoben wird. Sollte wider Schwierigkeiten auch die Gewerbeausschäftsversammlung auf dem Standpunkt stehen, die Maurer deswegen, weil sie dem Kartell kein Interesse abgewinnen können, bei den Gewerbeberufsschäfern ihrer Rechte für verlustig zu erklären, so bestreift die heutige Versammlung: Der Beiratsermann wird beauftragt, sich dann sofort mit den anderen dem Kartell nicht angehörigen Gewerbeausschäften bezüglich Einberufung einer gemeinschaftlichen Versammlung in Verbindung zu setzen und weitere Maßnahmen zu beschließen." Bevor zur Abstimmung gefüllt wurde, erhielt das Wort der Vorsitzende des Gewerbeausschäfts-Vereins. Genosse Wotke. Er meint, die Delegierten des Kartells haben sich bei der Vornahme dieses Beschlusses auf den Standpunkt gestellt, wer nicht gemeinsam mit uns arbeiten will und sich abschafft stellt, für den wollen wir auch keine Arbeit benötigen. Von der Rechtfertigung der Maurer ist wönne keine Leide sein. Er persönlich sei sich wohl bewußt, daß dieser Beschuß ein Grund ist, um Zwiespalt in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Wenn sich aber die Maurer dem Kartell angehören hätten, könnte niemals ein solcher Beschuß gefestigt werden. Er wünscht, daß den Wünschen des Kartellvorstandes Rechnung getragen werde, er hätte aber keine Veranlassung, den Maurern gute Worte zu geben, sondern diese hätten die Pflicht, sich als moderne Gewerbeausschäfts dem Kartell anzuschließen. Noch widerlegte die Ausschäftsversammlung des Vorsitzenden: Wir haben noch nie verlangt, daß das Kartell irgend welche Arbeiten für uns verrichtet soll; unsere Arbeiten wollen wir selbst thun, aber wir verlangen auch, daß dieser Entwicklungsbeschuß rücksichtig gemacht wird, und daß das Kartell seine Finger von den uns auferlegenden Kleinen löst. Kollege John erfuhr die Anwesenheit der Kollegen auf allen Bauten Propaganda zu machen zum regen Beifall der Gewerbeausschäftsversammlung. Kollege Stettin protestierte auf das Entscheidende dagegen, daß man uns eine nicht auf dem Boden der modernen Arbeitersbewegung stehende Organisation hinstellt. Wotke appellierte an die Versammlung, die vorgelegte Resolution abzulehnen und einen Antrag zu stellen, die Kandidaten der Maurer mit auf die Vorsitzlagsliste der Gewerbeberufsschäfer zu setzen. Mehrere Redner empfahlen die Annahme der vorliegenden Resolution. Der Vorsitzende, Kollege Koch, ging wegen der unzureichenden Anmaßungen mit dem Kartell schärf in Gericht und beleuchtete die Tägigkeit und Errungenheiten der Maurer gegenüber den dem Kartell angehörigen Gewerbeausschäften und meinte, wir werden auf der Gewerbeausschäftsversammlung verlangen, von der Vorsitzlagsliste soliel Kandidaten zu streichen, wie nach dem Verhältnis von uns zu wählen sind, und an deren Stelle unsere Kandidaten zu legen und sind dann ganz bereit, die entstehenden Kosten mitzutragen. Redner empfahl dann nochmals die vorliegende Resolution, welche bei der Abstimmung gegen 12 Stimmen angenommen wurde. Um aber den Glauben nicht aufzumuntern zu lassen, daß die Maurer Unfrieden säen wollen, wurde von den Kollegen Koch noch folgende Resolution zur Abstimmung vorgelegt und einstimmig angenommen. Die Versammlung erklärt: "Ausgegen von dem Geschäftspunkte, daß ein gemeinsames Handeln des Gewerbeausschäfts eine Notwendigkeit ist, um sich in nächster Zeit mit den Aufgaben der Gewerbeausschäften im Orte beschäftigen zu wollen. Die Verbandsleitung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen." Im zweiten Punkte der Tagesordnung handelt es sich darum, Stellung zu nehmen zu der am 8. Dezember in Elbing stattfindenden Konferenz für Ost- und Westpreußen. Nachdem Kollege Schwarz im längeren Ausführungen den Stand der Konferenz klargestellt, wurde beschlossen, die drei Delegierten zu beauftragen, Gewalt zu bejahren. Gewählt wurden die Kollegen Werner, Dubbe und Wotke.

Der Zweigverein Danenburg a. d. Elbe hielt am 8. November eine Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung für das Quartal wurde für richtig befunden und dem Kassier Dewage ertheilt. Über Kapitalgewinn und Arbeitsentlohnungen hielt Kollege August Beck einen Vortrag und führte u. a. aus, daß es noch Arbeiter gäbe, die nicht flat darüber sind, daß sie durch ihre Arbeitskraft kein Kapital für sie annehmen können. Doch auch diese Leute würden zu der Einsicht kommen müssen, daß ihnen durch unsere "herzliche" Gewerbeordnung noch nicht einmal die Gewähr geleistet ist, sich die nötigsten Unterhaltsmittel zu beschaffen. Weiter begründete Redner in längeren Ausführungen, daß die Arbeiter nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht hätten, alle Kulturrerungen schaffen, sich in Konkurrenz zu nehmen und daß sie sich zu diesem Zweck organisieren müßten. Die Voraussetzungen, welche politisch, gewerkschaftlich sowohl, wie wirtschaftlich die Versammlung erklärte, sind mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Über die statige Käufe konferenz des Zweigvereins Hamburg-Altona-Kiel berichtete Kollege Schupmacher. Einwendungen gegen die Beschlüsse der Konferenz wurden nicht erhoben. Der Kollege Ott war zum zweiten Male eingeladen, aber nicht erschienen; er soll nochmals, aber zum letzten Male eingeladen werden. Dr. Platzenberg, Ehrenmitglied, soll gleichfalls eingeladen werden, um sich wegen Verstoßes gegen den Rohrstrick zu verantworten.

In Magdeburg leben unsere Kollegen (die Bimmerer und Bauarbeiter ebenfalls) in Friede mit dem dortigen Gewerkschaftsrat. Die drei Gewerbeausschäfte sind der Meinung, daß das Gewerbeausschäfts-kartell nicht die Aufgaben erfüllen kann, die man ihm gestellt hat, und daher nicht mehr zeitgemäß ist. Nun finden bemüht Beiratserwähnungen zum Gewerbebericht in Magdeburg statt, wogegen auch die Maurer, Bimmerer und Bauarbeiter ihre Kandidaten vorgeschlagen haben, das Kartell hat aber diese von der Vorsitzlagsliste gestrichen.

Eine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Horster-Mannheim einen Vortrag hielt über: "Die Krisis und ihre Folgen für das Baumgewerbe." In klarer, verständlicher Weise erklärte Redner die Ursachen des wirtschaftlichen Rückgangs und wies nach, welche Folgen daraus für das Baumgewerbe erwachsen. Die Mitgliederzahl habe in Magdeburg in der letzten Zeit zwar bedeutend zugenommen, sie hat jetzt um zwei Drittel ihrer früheren Zahl vermehrt, sie müsse aber noch mehr zunehmen, wenn an einem erfolgreichen Kampf mit dem Unternehmertum gedacht werden kann. Eine Aufforderung des Vorsitzenden, den Verbandsleitung einzutragen, wird nicht erhoben. Die Beiträge für den öffentlichen Fonds werden vielmehr wie im Vorjahr auf 50,- pro Mitglied festgesetzt. Den Zahlstellen wird es jedoch zur Pflicht gemacht, am Orte vorhandene Gelder so viel wie möglich an den öffentlichen Fonds abzugeben. Bei der Abrechnung wurde dem Beiratsermann für den öffentlichen Fonds und dem Kassier des Zweigvereins Magdeburg auf Antrag der Käufe die Entlastung ertheilt. Nach dem der Vorsitzende die Arbeitserlösen, welche am Sonntag nicht mitgezählt waren, erfuhr hatte, sich zu melden, und Kollege Stettin darauf aufmerksam machte, daß Kollegen, welche Feierabend bekommen, sich in ihrem eigenen Interesse bei ihren betreffenden Krankenhäusern als Einzelmitglieder melden möchten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Bimmerer und Bauarbeiter haben bereits die Gewerbeberufsschäfer ähnliche Resolutionen beschlossen, wie die Maurer.

In Mels fand am Donnerstag, 17. Oktober, eine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Horster-Mannheim einen Vortrag hielt über: "Die Krisis und ihre Folgen für das Baumgewerbe." In klarer, verständlicher Weise erklärte Redner die Ursachen des wirtschaftlichen Rückgangs und wies nach, welche Folgen daraus für das Baumgewerbe erwachsen. Die Mitgliederzahl habe in Mels in der letzten Zeit zwar bedeutend zugenommen, sie hat jetzt um zwei Drittel ihrer früheren Zahl vermehrt, sie müsse aber noch mehr zunehmen, wenn an einem erfolgreichen Kampf mit dem Unternehmertum gedacht werden kann. Eine Aufforderung des Vorsitzenden, den Verbandsleitung einzutreten, hatte nur wenig Erfolg, die Meier Kollegen haben eben den Werth der Organisation noch nicht in dem Maße erkannt, wie dies anderswo der Fall ist. Am zurückhaltendsten dem Verbands gegenüber sind die deutschen Kollegen, während die Italiener viel eher die Organisation zu gebrauchen sind. Das Verhältnis der Letzteren zu den Ersten in der Mitgliederzahl ist mit 2 zu 1. Auch die Beteiligung an den Versammlungen lädt viel zu lädiertem Urteil; es sind fast immer ein und dieselben Kollegen, die die Zusammensetzung befürworten. Es ist daher auch erfärblich, daß die Arbeiten, die für den Verband zu machen sind, nicht so ausgeführt werden, wie dies wohl notwendig wäre. So wurde konstatiert, daß die statistischen Aufnahmen erst bei drei oder vier Unternehmen gemacht worden sind, während der Verband verfügt, daß der Zweigverein Mel dem Gau Mannheim angegliedert worden sei, erfolgte kurz vor 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Am Sonnabend, den 26. Oktober, tagte in Eisenhardt's Hof eine Mitgliederversammlung des Zweigvereins Wittenberg i. Th. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten, erstellte die Vorsitzende eine Resolution, welche über die Beiratsermittlung bestreitet, daß der Beiratsermann durch den Vorsitzenden bestellt werden soll, um die Gewerbeberufsschäfer zu jenen Gewerbeausschäften, welche die Gewerbeberufsschäfer von der Versammlung bestreitet, abzuziehen. Die Versammlung bestreitet dies.

nötig gehalten haben, auf das Schreiben der Lohnkommission zu antworten. Bekanntlich haben die Mühlhäuser Maurermeister der Lohnkommission mitgetheilt, daß der Verband der Mühlhäuser Baugeschäfte aufgelöst und der vereinbarte Tarif dadurch hinfällig geworden sei. Die Lohnkommission hat hierauf den Vorstehenden der Innung ein Schreiben zugesandt mit dem Wunsche, ihr bis zum 25. Oktober Antwort automatisch zu lassen. In dem Schreiben an die Innung war der allgemeine Wunsch der Mühlhäusern Maurer zum Ausdruck gebracht, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Maurergerwerbe auch in Zukunft vor der Innung einerseits und dem Zentralverband der Maurer andererseits geregelt werden möchten. Eine Antwort ist der Lohnkommission auf dieses Schreiben nicht ausgegangen. Die Versammlungen waren der Ansicht, daß das Schweigen der Innung gleichbedeutend sei mit der Ablehnung weiterer Verhandlungen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Verhalten der hiesigen Baugeschäftsinnung gegenüber der Lohnkommission des hiesigen Maurerverbandes. Aus dem Bericht des Leiterbeamten geht hervor, daß es die hiesige Baugeschäftsinnung nicht für nötig gehalten hat, auf das entgegenkommende Schreiben der Lohnkommission zu antworten. Die Versammlung verurteilt diese Handlungswise auf das Allerentschiedenste und erfordert in der Auflösung des Verbandes der hiesigen Baugeschäfte daher der darin in Verbindung stehenden Aufhebung des vereinbarten Vertrages über das Lohn- und Arbeitsverhältnis im Maurergerwerbe die Auflösung der Arbeitgeberverbände, den ihnen in der jetzigen Krise lästig gemordeten Vertrag mit dem hiesigen Maurerverband außer Kraft zu setzen, um die hiesigen Maurer nach Belieben ausüben zu können und um den Frieden zu fördern. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission mit dem Gesellenauslaß zu verbünden, zu treten mit dem Auftrage, die Mitglieder der Baugeschäftsinnung zu einer Antwort über ihr schweigesames Verhalten zu veranlassen. Die Versammlung steht auch heute noch auf dem Standpunkte, daß das Lohn- und Arbeitsverhältnis im Maurergerwerbe auch in Zukunft trotz der Auflösung des Verbandes der hiesigen Baugeschäfte von der Baugeschäftsinnung einerseits und dem Zweigverein Mühlhausen des Zentralverbandes der Maurer andererseits geregelt werden kann.“ Daß die Wünschen der hiesigen Meister keine ehrlichen sind, geht daraus hervor, daß der Maurermeister Merien 1. & 20 Stunde abgezogen hat, jedoch sollen noch näher Erklärungen eingezogen werden, ehe eine Stellung hierzu genommen wird. Hierauf schluß die Versammlung, Kollegen. Sorgt für besseren Besuch der Versammlungen!

Am Sonntag, den 8. November, hielt der Zweigverein Rendamn die regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche leider sehr schlecht besucht war. Von 160 Kollegen waren nur 10 Mann erschienen. Es wäre doch wünschenswert, wenn sich unsere Kollegen in der nächsten Zeit würden besser an den Versammlungen beteiligen und nicht bei ihren fetten Schweinen sügen, um sie von Stunde zu Stunde zu messen; denn fetter werden diese dadurch auch nicht. Wenn wir jetzt schon lau sind, dann werden uns die Unternehmer im nächsten Jahr noch schleifer. Darauf, Kollegen, beherzigt diese Worte und kommt alle, Mann für Mann, am Sonntag, den 8. Dezember, zur Versammlung und bezahlt Eure Beiträge, damit wir am Jahresende stolz, fein können auf die pünktliche Erfüllung unserer Pflichten, und ines seien Zusammenhalts uns erfreuen können.

Um Sonntag, 27. Oktober, hielt der Zweigverein Altenberg seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die ihren Vorgängern gegenüber ziemlich gut befürchtet war, und in welcher der Kollege Merlet einen Vortrag hielt über: „Das Handwerkergesetz, unter besonderer Rücksicht auf die Handwerkerkammern in Mittelsachsen und das Baugewerbe“. Giebner zeigte am verschiedensten Beispiele, daß das heutige Unternehmertum durch seine Profit- und Ausbeutungsmaß nicht in der Lage ist, und wenn es noch soviel Worte dafür hat, die Lehrlingsprüfung nach den geistlichen Bestimmungen durchzuführen. Der Vortragende schloß mit den Worten, daß wir zwar aus den Innungen und Handwerkerkammern so viel wie möglich Vorteile ziehen, aber nach wie vor sehr an unserer Organisation halten müssen; denn bloß durch diese könne eine Verbesserung unserer Lage herbeigeführt werden.erner behauptete man sich noch mit der nordbairischen Konferenz. Es wurde beschlossen, zwei Delegierte zu entsenden, welchen noch verschiedene Anregungen mit auf den Weg gegeben wurden. Zu wünschen wäre über, daß alle Versammlungen so gut befürchtet würden und daß einzelne Kollegen sich mehr an das Sachliche wenden würden und sich nicht in heimlichen Persönlichkeit ergehen ließen, da dadurch vielen Kollegen der Versammlungsbetrieb unangenehm gemacht wird.

Der Zweigverein Osterode i. Ostpr. hielt am Sonntag, 27. Oktober, im "Kaisercafe" eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Schwarz-Hamburg hielt zunächst einen Vortrag über: "Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe." Er führte aus, daß die Arbeitslosigkeit, welche zur Zeit im Baugewerbe vorhanden ist, durch die Überproduktion einerseits und die Konkurrenzfähigkeit der Mehrheit der Arbeiter andererseits herbeigeführt wurde. Dieser Zustand ist sehr verhängnisvoll für die Arbeiter wie, können nur durch starke Organisationen abgeschwächt werden. Jetzt sei es Aufgabe des Verbandes der Maurer, den Kollegen klar zu machen, was zu thun ist, um die Zeit der Prosperität, die notwendig wiederkehrten müsse, auszunutzen, damit nicht die Unternehmer den Profit wieder allein in ihre Taschen stecken, wie sie die letzten Jahren gethan haben. Obgleich eine grohe Nachfrage nach Maurern in den letzten Jahren vorhanden war, ist es doch nicht möglich gewesen, die Lebenshaltung der Kollegen zu heben, weil keine Organisation vorhanden war, welche die Interessen der Kollegen vertrete. Die Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen, aus der Abrechnung vom 3. Quartal, der ersten seit dem Erscheinen des Zweigvereins, ging hervor, daß 44 Kollegen dem Verbande angehören. Es ist dies als ein günstiges Resultat einzusehen, es beweist uns, daß auch die Kollegen im Osten Deutschlands anfangen ihre elende Lage zu begreifen. So dann referierte Schwarz über die Bedeutung der Konferenz, welche am 8. Dezember für Ost- und Westpreußen in Elbing stattfindet. Beschlossen wurde, die Konferenz durch einen Delegierten zu besichtigen und wurde hierzu Kollege Koselowski gewählt. Nach einem kräftigen Schlafzug des Referenten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Maurerstand geschlossen.

Der Zweigverein Niedorf-Weitz hielt am 5. November eine regelmäßige Mitgliederversammlung im „Apollo-Theater“. Kollege Silberschmidt hielt einen Vortrag über den Werth seiner Organisation. Alsdann wurde Kolleg Göbl als erster Vorsitzender und Kolleg Georg Paech als Obmann der Bezirksföhrer gewählt. Mit der Ernennung streng auf die Erfüllung des Arbeitsvertrages und insbesondere auf die Durchführung des Arbeitsschutzes zu achten, wurde die Verbauführung geschlossen.
Am 17. November findet bei Lautner eine Versammlung der Frauen statt.

In Steinstrasse bei Sübborn sollte am Sonntag, den November eine Versammlung abgehalten werden, sie musste aber nicht stattfinden, weil nur so wenig Kollegen es für nötig hielten, eine Versammlung zu befürworten (es waren kaum 15 Mitglieder anwesend), und weil unter Bevollmächtigter es so einig war, daß er ohne Entschuldigung gleichzeitig davon lief, trotzdem eine reichhaltige Tagesordnung bevorstand. Es handelte sich u. A. um die Wohnfrage für Nr. 2 und um Beschlussfassung wegen der Maßregelung weniger Kollegen. Es ist traurig, daß die Kollegen die Lage, in welcher sie sich befinden, nicht erkennen wollen. Sehr viele Familienleute sind schon seit Wochen arbeitslos; um diese kümmert sich kein Kollege. Einige sind an der Gradelegung der Spree beschäftigt und es kommt sich einem das Herz im Leibe, wenn man aussehen muß, wie ältere Kollegen dort den ganzen Tag die Karte schreiben müssen, während verschiedene junge Kollegen, die von außerhalb zugereist kamen, keine Rauherbeiten in der Stadt ausführen. Kollegen! Solltene die Sache so weiter gehen? Rätherer wollen wir am nächsten Sonntag, den 17. November, Nachmittags 3 Uhr, bei Schmeider, regeln. Die Kollegen werden ernannt, die Versammlungen besser aufzubauen.

In den neuen Räumen des Gewerkschaftshauses in Stuttgart hatten sich am Montag, den 28. Oktober, die Bauhandwerker der dreigreinigen in Betracht kommenden Berufe zu einer imposanter Versammlung zusammengefunden, um zu weiteren Maßen sich mit der Frage des Bauarbeitervermögens in Württemberg zu beschäftigen. Der Sekretär der Central-Bauarbeiterforschungskommission in Hamburg, Geniose Heintz, hatte das Vortract übernommen. Unter beweisstätigter Verwendung eines umfangreichen Bahnmaterialss führte er Folgendes aus: Vor wenigen Jahren noch war in Bauhandwerkertreissen auch nicht der geringste Widerstand gegen das freihafte Spielen der Unternehmer mit Menschenleben auf zu merken; es galt für jeden Bauhandwerker als gänzlich selbstverständlich, früher oder später einmal den Hals zu brechen oder an einer Berufskrankheit vorzeitig an Grunde zu gehen. Das war vor wenigen Jahren. Heute ist das allerdings wesentlich anders geworden und wir haben uns ein großes Verdienst auszuerteilen, hier Wandel geschaffen zu haben. Wir haben sowohl den Regierungen wie Parlamenten derart mit unantastbarem Beweismaterial gestellt, daß sie die vorhandenen Mängel nicht mehr turz handeln können. Herr Haubler in Stuttgart bemüht sich zwar von Zeit zu Zeit immer noch kampftreib, unsere Behauptungen zu entkräften, jedoch mit dem entgegengesetzten Erfolg. Nachdem von Seiten des Herrn Bosadomsky mehrfach die Bauarbeiterabschaffung gesetzesmäßig mit Rücksicht auf die in Frage kommenden Landeseigentumsmittelkeiten als Sache der einzelnen Landesregierungen erklärte wurde, ist eine zufriedenstellende Lösung der Frage gänzlich illusorisch gemacht; es handelt sich bei der ganzen Sache doch lediglich um die Befreiung der Tugendhaftigkeit von Bahn, Gebäuden, Stühlen, Leitern *et c.*, und diese wird doch nicht nach „Landeseigentümlichkeiten“ berechnet. Der wahre Grund des abweissenden Verhaltens der Reichsregierung liegt zweifellos in der Wicht, diese Gesetzegebung der Einbindung der Sozialdemokratie zu entziehen und sich die dabei unausbleiblichen Kolllitionen mit dem Schaffnadsrecht im Daugewöhr zu ersparen. Man führt sich an einer Stelle, unaufhörlich von den Arbeitervetretern im Reichstag auf die sich fortgesetzte steigende Unfallziffer hingewiesen und zu weitergehenden, den Unternehmern verbotenen Schutznormen moralisch gezwungen zu werden. Nach dem erdrückenden Bahnmaterial, das Rehner vorführte, hat die Zahl der Unfallverletzten im Jahre 1900 in Württemberg pro Tagessicherheit 29,18 betragen; in diesen Zahlen sind jedoch ebenfalls berücksichtigte Unternehmer einbezogen; nach Abzug derselben würde die Zahl der Unfallverletzten auf 40,24 pro Tag auf sich belaufen, eine unverhältnismäßig hohe Unfallziffer gegenüber anderen Genossenschaften. Die großen Unfälle, die gegenwärtig von unserer Kreise fortgesetzt werden, erregen bereits die Öffentlichkeit auf Auseinerthe; aber die Zahl der an Berufskrankheiten Erkrankten ist eine unverhältnismäßig höhere. Die Zahl der Todten dieser Kategorie ist fortwährend im Steigen begriffen. Vierzigtausend dieser erschütternden Thatsachen hätte jede Regierung und jeder ehrliche Staatsmann die Pflicht, hier hellefend einzutreten, leider ist eine Befreiung hier nicht zu bemerken; es müßte sich dies an der Abnahme der Unfallziffern oder Weiteres ergeben; aber das Gegenthilf ist der Fall. Von allerdingen die alten Bestimmungen der vorhandenen Unfallversicherungsvereine zum soudobietlichen Male aufgetroffen, jedoch 1 800 000 Arbeiter sind heute noch ohne jeden arbeitenden Schutz, und man sieht sich endlich genöthigt, etwas Neues zu schaffen. Die Bauhandwerker müssen aber auf gut sein und dürfen sich nicht mit Werthlosen täuschen lassen; die Vorrichtungen müssen genau detailirt sein in Hinjicht die Art und Weisegattung der Gerüste, Leitern *et c.* Es gäbe Regierungsentwürfe, in denen Alles gedacht wird, sogar Reklamationen auf der Strafe, nur nicht die Bauarbeiter seien. Die Unternehmer sind natürlich immer darauf bedacht, auf dem einen oder anderen Punkt zu schwören. Am Montagn soll

nach einer arbeitsreichen Woche auch Erholung und Vergnügen haben, sich fühlig antreten in vernünftiger Gesellschaft. Das kann er aber, der physisch Übergetriebene, nicht bei Weiber, obgleich auch wir die Unfallböllerie belämpfen. Die Unfallfrage am Montag könnte leicht dadurch gelöst werden, daß man sich auf eine längere Arbeitszeit befrüchteten würde, aber das passt natürlich den Herren Unternehmern nicht, es soll ja in 6 Stunden so viel gearbeitet werden wie in 8 Stunden; dadurch würde also die Unfallgefahr nur gesteigert. Bei den Malern hat trotz der verlängerten Arbeitszeit nach einer Steigerung des Verbandsvorstandes sich die Arbeitsleistung um 50 vpt. gesteigert. Die Bestimmungen über Verwendung von Spülpräparaten bei Gerüstarbeiten und die Anwendung von offenen Stahlfeuer sind zu los. Die Räume, in denen Konserven verwendet werden, sollen nicht betreten werden und sollen abgeschlossen werden, aber bei der Art der Dichtung, wie dies die Unternehmer versiegen, bleibt das Kohlengas absolut nicht in den betreffenden Räumen, sondern zieht in die umliegenden Räume ab. Das macht aber nichts, man sieht es ja nicht! Auch die Schäßigkeit der Zuguft in den feuchten Dauern erkennen die Regierungen, sie "regeln" deshalb diese Frage: vom 15. November bis 15. März muß der Raum geöffnet werden, natürlich kommen die Unternehmer dem sofort nach, damit — der Zug nicht herunterfriert, so lange dies nicht eintritt mag's auch der Arbeiter aushalten. Die Durchführung derartiger Bestimmungen überläßt man nun dem Lokalbehörden. Dort liegt sie ja in den "lebten Händen". Unsere Forderungen in hygienischer Beziehung deuten sich nun vielfach mit der Wohnungsgesetzgebung, speziell mit Bezug auf Errichtung von brauchbaren Aborten. Wenn die hohen Villenbewohner oft wüsten, was unter dem blauen Parkeettoboden, an den modern deforxierten Bändern während der Baupause Alles abgelagert wurde, sie würden sich bedanken, derartige Gefässe zu benötigen. Auch die Staatsbaubehörden sind keineswegs mustergültig, auch dort bestehen die Wohlstände weiter und die Aufzähler sind durchweg auch bei ihnen gestiegen. Unsere Hauptforderung richtet sich nach den Erfahrungen, die auch nach Einführung verbesselter Vorschriften gemacht worden sind, zunächst auf eine ausreichende Kontrolle und Überwachung. Die §§ 222, 230 und 380 des Strafgesetzbuchs sind bisher infolge der äußerst nachlässigen Bauaufsicht garantiert oder sehr selten zur Anwendung gelommen. Als im Reichstag der Bevölkerungsstaat zur Verleihung kam und die Unternehmer im Sinne der genannten Paragraphen haftbar werden sollten, haben der Oberhofschmied Feilitzsch in Berlin und seine Freunde eine Petition an den Reichstag verfaßt, in welcher um Abänderung dieser Paragraphen reibildandung der bis zu 5 Jahren vorgesehenen Gefängnisstrafe in "Zeftungshaft" nachgegriffen wird, während der Justizminister selbst sich zur Anordnung eines ausgiebigen Gebrauchs dieser Paragraphen veranlaßt gesehen hat. Wir können daraus erschließen, daß, wenn wir einen ausreichenden Bauarbeiterabschluß herbeiführen wollen, mit gleichzeitig auch eine Reform des Strafgesetzbuchs verlangen müssen. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß neben dem Unternehmer auch Arbeit gutachtlich gehört werden. Wenn auch die demokratische Organisation des Überwachungsdienstes, wie wir sie fordern, den Regierungen nicht paßt, so muß unsere Forderung unentwegt hochgehalten und erweitert werden. Wir müssen verlangen, daß die geforderten Arbeitserkontrolleure einer periodischen Wiederwahl unterworfen werden, einerseits, um sie vor Verfolgung zu bewahren, andererseits, um Gelegenheit zu haben, etwa unbrauchbare Personen durch geeignete zu ersetzen. Es fällt uns garnicht ein, Gelegenheit zum Unbefriedigten arbeiten nach dem Beugnis verschiedener Gewerbedirektoren dort weit besprochen mit als die Unternehmer selbst trocken war, und darf früher obige Befürchtung vorhanden. Die Kontrollenre der württembergischen Baubehörden schaffen haben für uns keine Bedeutung, sie haben in der Hauptfrage dafür gesorgt, daß die Unternehmer ihre Beiträge ordnungsgemäß bezahlt haben. Für das vorgerückte Wohlergehen der Bauarbeiter konnte dabei wenig gelebtet werden. Für diese Kontrolle wurde dort das Geld gespart, ähnlich wie in Kreisfeld und anderwärts auch, wo die Kontrollpersonen ihre Unfähigkeit damit entschuldigten, daß es eben nur ein "Chenau" sei. Mit Leidenschaft läßt sich auch nachweisen, daß an den Orten, wo Lohnherabsetzungen bewilligt werden mussten, gleichzeitig eine Steigerung der Unfallsaffären bemerkbar wurde, eine Erziehung, die ihre Ursache in dem Bestreben der Unternehmer hat, Lohnherabsetzungen durch verstärkte Antretende wieder aus dem Arbeiter herauszuholen. Es ist deshalb Pflicht der Regierung, hier energetisch einzutreten und entsprechend der bereits dem Landtag unterbreiteten Petition unter Beigabe eines Handbuches, aus dem ohne Weiteres auch die Details durch Schrift und Illustration dem Einzelnen ersichtlich gemacht werden, wirksame Vorschriften und Kontrollmaßnahmen zu treffen. Man hat für andere "Sultuswiede" so viel Geld im Reise und in den 26 Vaterländern; ein Bruchteil davon würde genügen, um 1.800.000 Bauarbeiter, ihre Witwen und Waisen vor der Broftifität der Unternehmer, vor Not und Elend zu schützen. Ein beiderlei Umgang ist gemacht, er ist ein Erfolg der Bauarbeiterbewegung. Arbeitet wir so weiter; mit dem Schuh der Gesundheit, des Lebens kommt auch nach und nach wieder die Liebe zum Leben und damit auch wieder die Energie und Willenskraft, dieses Leben dem Ausbeuterthum gegenüber zu verteidigen. Die Verbindung sollte dem kleinen italienischen Beispiel. In der Diskussion beflügeln sich Bautechnik (Bimmer) und Höhler (Maler) im Sinne des Referenten. Nach einem kurzen Schlussswort des Referenten schloß der Vorsitzende die recht interessante

In Saarbrücken am 27. Oktober eine öffentliche Mauerverhandlung. Kollege Jacob-Leipzig berichtete die Verhandlungen des am 16. September in München stattgehabten Verbandsstages der Baugewerksinnungen. Nedner erinnerte, reichen Befall. Absonderung wurde beschlossen, den fest vereinbarten Vertrag mit den Unternehmen wieder auf ein Jahr zu verlängern; darnach gilt 10-stündige Arbeitszeit und 45 x Wintertag pro Stunde. Bei dem dann vorgenommenen Neuwahl wurde Kollege Müller als Beratungsmann wiedergewählt. Weiter wurde beschlossen, zur Neuwahlung¹⁵ am 10. November zu bewilligen.

In Thorn hielt in einer Versammlung am 22. Oktober Kollege Schwarz-Hamburg einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Redner wies u. a. auch darauf hin,

dass die Arbeiter sehr wohl in der Lage seien, die Verhältnisse günstig zu beeinflussen, wenn sie sich nur bei Seiten organisieren und der Organisation auch immer treu bleiben wollten. Nach Besprechungen verschiedener Mitgliände auf städtischen Bauten, der Wohnungsnöthe und der allgemeinen schlechten Erwerbsverhältnisse wurde nach einem ernstigen Schlusswort des Referenten die Versammlung geschlossen.

Aus Weimar wird berichtet: Am 9. November sollte hier eine Mitgliederversammlung stattfinden, die Mitglieder waren aber in so geringer Zahl erschienen, dass von einer Versammlung keine Rede mehr kommt. So stellte, wie lange wollte Ihr denn, dass der Vorlesende den Ihr jetzt gewährt habe, nun allein die Arbeit machen kann? Nein, Kollegen, dazu bedarf er auch Eurer Hilfe. Wenn Ihr aber in der Weise fortfahrt, wie bisher, dann kann von einer wissenden Agitation nicht die Rede sein. Haben es nicht gerade die weimarschen Kollegen mit denkt, sich zu organisieren, sich zusammenzuschließen zu einer Macht? Sind die Verhältnisse in Weimar denn so gut, dass Ihr es nicht mehr für nötig befindet, in die Versammlung zu kommen, um mit zu berathen, wie wir die Agitation im Laufe dieses Winters und nächsten Frühjahr betreiben wollen? Ist der Zweigverein nicht schon genug zurück gegangen, soll es denn immer noch zu weiter gehen? Nein, Kollegen, lasst einmal den alten Schleifer bei Seite, zeigt einmal, dass Ihr deutsche Maurer seid, die eine große Gewerkschaft von nahezu 100.000 Kollegen hinter sich haben. Da sollten die weimarschen Kollegen zurückbleiben? Nein, Kollegen, das darf und kann nicht sein. Wenn wir jetzt auch schwach sind, so wollen wir uns doch stark führen mit der Hoffnung, die Kollegen in Weimar und Umgegend dahin zu bringen, wo so viele unserer Kollegen sind. Und wenn wir das Mauerwerk in uns haben, für eine gute Sache etwas zu machen, dann ist es auch nicht schwer, normärs zu kommen. Wir dürfen nicht immer sagen: es hat keinen Zweck, wir erzielen nichts! Nein, Kollegen, wie es in der Bibel heißt: es werde Licht und es wird Licht, so muss es auch hier endlich bei uns Licht werden und wir aus dem Dunkelheit herauskommen. Deshalb möchte ich Euch recht bringen erlaufen, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen. Noch eins, Kollegen, lasst den alten Bank und Streit bei Seite. Macht es nicht, wie es noch am Sonnabend, den 9. November, ein Kollege machte, der unserm alten, in Ehren ergrauten Kollegen in einem öffentlichen Rosale Unterklagung vorwarf. Als der Kollege in seiner Versammlungslokal kam, konnte er den Vorwurf natürlich nicht verantworten. Als er zur Rede gestellt wurde, erklärte er, aus dem Verband austreten zu wollen. Wir können damit nur zufrieden sein, denn wir hätten ihn, wenn er noch lange Befürworten gemacht hätte, feststellen doch ausschließen müssen. Also, Kollegen, beherzt diese Worte. Werde ein jeder Mitarbeiter, Agitator für unsere Bemühungen, und wir müssen auch hier in Weimar durch Kampf zum Siege kommen.

A. Sob.

In Beitz fand am 29. Oktober im "Hettener Bild" eine öffentliche Mauererversammlung statt, zu der der Kollege Jakob aus Leipzig als Referent erschienen war. In einem Vortrage über Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe führte Webner vorerst aus, dass er höchst Gelegenheit gehabt, bei uns in Beitz einen Vortrag zu halten, aber eine so schwach besuchte Versammlung hätte er noch nie gesehen; er bedauerte, dass es die Beitzer Maurer nicht mehr für nötig hielten, in die Versammlung zu kommen. Der Redner befürchtete, dann die Verhandlungen des Innungstages des Baugewerbevereins in München und die Maßnahmen, die von den Arbeitern zu treffen sind, um die Verhältnisse und Wünsche des Innungstages unweissam zu machen. Im Punkt "Verpflichtendes" wurde Klage darüber geführt, dass die Maurermeister Heyne und Jakob Lohnabzüge gemacht haben; aber noch mehr zu bedauern ist, dass sich die betreffenden Maurer den Lohnabzug gefallen lassen und eine Stellung dazu genommen haben. Würden alle Maurer dem Verband angehören und hätten alle ihre Beiträge regelmäßig bezahlt, so dass diese nicht wegen Schulden gestrichen werden müssten, dann könnten die Herren Meister nicht so schnell Lohnabzüge vornehmen. Auch die Panthit, die viele Kollegen in der letzten Zeit betrifft, die viele Kollegen an den Tag legen, kann unter keinen Umständen weiter bestehen. Die Kollegen müssen sich die Pflicht auferlegen, in allen Städten die Interessen der Organisation zu wahren, und dazu gehört auch der Versammlungsbesuch. Kein einziger Kollege sollte in dieser Beziehung faulig sein, denn das wirkt schließlich ansteckend und führt zum Verfall; nur den Unternehmern wird der größte Dienst erweisen, wenn wir in unserer Tätigkeit für die Organisationsarbeit recht schlapp sind. Darum, Kollegen, bestrebt Euch.

*

Berichtigung. In dem Artikel "Hosen und Hosen" in letzter Nummer unseres Blattes sind einige Druckschäler enthalten, die wir hiermit berichtigten wollen. Am 6. Abfall des Kreisels, Seite 19 von oben, muss es statt "gegen die Partei" heißen: "in die Partei". Im vorletzten Abfall ist hinter "anderer" das kleine Wörterchen "als" ausgeschrieben. Es muss also richtig heißen: "eine andere als freundliche" usw.

Krankenkasse.

Halle. Die hiesige Filiale der Centralkrankenkasse, Gründstein zur Einigkeit, steht am 27. Oktober in der "Märktingburg", ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung ergab: Bestand vom 2. Quartal M. 300,26, Aufzugs aus der Haushaltsum M. 200, Beiträge der 1. Klasse M. 28,80, der 2. Klasse M. 115,50, der 3. Klasse M. 201,80, Extrasteuern M. 54, Eintrittsgelder M. 10, für Mitgliedsbücher M. 2,20, sonstige Einnahmen M. —,90, Gesamteinzahlung M. 1952,26. Ausgaben: An Mitglieder der 2. Klasse M. 984, der 3. Klasse M. 164,50, für ärztliche Behandlung M. 218, für Arznei- und sonstige Hilfsmittel M. 110,07, an Angehörige M. 78,12, Verpflegungskosten an Krankenanstalten M. 61,50, an die Hauptkasse gelangt M. 200, Verwaltungsausgaben a) persönliche M. 75, b) sachliche M. 10,75, Gesamtausgabe M. 1901,94. Mit dem Bestand am Schluss des 3. Quartals M. 51,82. Am 28. Mitgliedern wurde für 672 Krankheitsfälle Unterführung gezahlt, davon stehen 248 Tage auf 12 Unfallsachen. Die Mitgliedszahl betrug am Quartalschluss 221. Das Sommerbergnagel floss bei M. 18,95 Einnahme und M. 26,80 Ausgabe mit M. 7,85 Defizit ab.

Vom Bau.

Unsolle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Geln. Am 6. November verunglückte der Arbeiter Albert Kadel aus Börnecke am Bau des Schachtes Bresfeld. Der Verunglückte war mit Lehmtragen beschäftigt. Oben an der Giebelspitze war ein Gerüst, von wo aus der Arbeiter seitlich über die Wand treten musste, um nach innen zu gelangen. Das Gerüst war sehr mangelhaft hergestellt, zu kurz, ohne Schubvorrichtung. Als nun der Verunglückte im Begriff war, vom Gerüst über die Wand zu treten, rutschte er aus, fiel auf eine unten angebrachte Streichstange und von hier aus losfuhr zur Erde, wo er bewusstlos liegen blieb. Nun musste der Verunglückte von Morgens 5½ Uhr bis Nachmittags 4½ Uhr ohne ärztliche Behandlung liegen, trotzdem ein Ballerwirktur Stelle war und er somit schnell nach einem Krankenhaus gefasst werden konnte. Der Partier entschuldigte sich damit, dass erst ein Arzt kommen konnte. Der Arzt aber meinte, wenn es keine Fleischwunde sei, wäre sein Erreichen nicht nötig. (III.) Schließlich wurde der Verunglückte mittels Krankenkorbes nach dem Krankenhaus zu Geln gebracht. Der Unternehmer des Baues ist der Maurermeister Gruppe-Stadtthur. Der eigentliche Partier war zur Zeit des Unglücks zur Kontrollversammlung in Schafft und hatte den Unternehmer einen Stellvertreter gesandt. Dieser scheint keine Ahnung von der Gefährlichkeit des Gerüstes gehabt zu haben; er war auch weiter bei dem Transport des Verunglückten sehr auf "Sparsamkeit" bedacht. Während der Anfahrt zurückgelegt erzielte Partier acht Mann zum Transport bestimmt hatte, ordnete der zweite an, dass er nur sechs sein sollten. Gleichzeitig musste der Verunglückte in dem Korbe auf offener Straße stehen bleiben, bis Ersthelfer antrafen zum Tragen hergeholt worden waren.

Giebelfeld. An einem Neubau in der Bünderbergerstraße waren zwei Zimmerleute in der zweiten Etage mit Balkentreppen beschäftigt. Infolge eines Stiegelbruches stürzten beide bis zum ersten Stockwerk, das glücklicherweise abgedeckt war. Wahrend eines der Verunglückten mit leichten Verletzungen davon kam, erlitt der andere einen Brust- und Schädelbeinbruch und musste in das städtische Krankenhaus gebracht werden.

Ka la u. Auf dem Bau der Niederlausitzer Thoms- und Dachsteinwerke, Unternehmer Seifert, in Kabel fügte sich eine Mauer von fünf Meter Höhe und 60 Meter Länge ein. Menschenleben kamen glücklicherweise nicht in Gefahr. Der Einsturz soll infolge des überaus schlechten Materials und weil die Maurer allzu sehr getrieben wurden, erfolgt sein. Von einer Kontrolle durch Organe des Staates oder der Gemeinde ist nichts zu bemerken gewesen.

M e i s t e r. Ein Monteur starb von dem Thurm des Neubaus des Reichspostamts ab und war sofort tot. Die Arbeiter waren mit Kleidern des Thurmes beschäftigt. Das Gerüst bestand in der Breite nur aus zwei Gerübdleisten, eine Stilchene, die bei diesen Arbeiten unbedingt erforderlich ist, war nicht vorhanden. Beim Auftreffen eines Kippstells erhielt der Verunglückte einen Stoß vor den Fuß, wodurch er auf dem schmalen Gerüst das Gleichgewicht verlor und in die Tiefe stürzte.

S i c k. Es ist dies der sechste Todestall in diesem Jahre, welcher durch einen Baumfall herbeigeführt wurde, wobei mangelhafte Schutzmahrgen, die Urigade waren.

Z w e i n d e n. Es fand sich erheilt der Partier, eine Mauer von fünf Meter Höhe und 60 Meter Länge ein. Menschenleben kamen glücklicherweise nicht in Gefahr.

Einsturz. Der Einsturz soll infolge des überaus schlechten Materials und weil die Maurer allzu sehr getrieben wurden, erfolgt sein.

Der Verband der Bäder. Hat fürzlich eine Abstimmung vorgenommen über die Einführung der Arbeitszeit von 8 Stunden für die Bäder. Der Verband der Bäder besteht aus 1200 Städten und 1200 Bädern.

Der Sattlerverband. Hat eine vorgenommene Abstimmung als Resultat gezeigt, dass die Beiträge vom 1. Januar 1902 ab um 5 % erhöht werden, ferner, dass zur Belieferung der örtlichen Ausgaben nur ein Viertel statt wie bisher ein Drittel der Einnahmen in den Bäderställen bleiben dürfen. Die Einführung der Arbeitszeitunterstützung wurde abgelehnt, es stimmten zwar 1110 dafür, dagegen nur 754 Mitglieder, zum Schluss ist aber eine Zweidrittelmajorität erforderlich, der

sollte man annehmen, dass diese beiden Submittenten gar keine Berechnungen angestellt haben, sondern entweder ihre Offizieren auf's Gerauwohl eingereicht haben, oder nicht fähig sind, solche Arbeiten berechnen zu können. Erst das Letztere zu, so durchführbar ist auch ihre Unfähigkeit, die Arbeit auszuführen, beweisen haben. Diese Submissioñ liefert wieder einmal den Beweis dafür, wie notwendig es ist, solche Arbeiten in eigener Regie ausführen zu lassen, wenn man beruhbern will, dass der Unternehmer, entweder schwer reich wird, oder der Staat durch Lieferung von Schundarbeit über's Objekt gehauen wird.

Aus anderen Berufen.

* **Der Verband der Schneider und Schnellerinnen entfallen** zur Zeit eine rühere Agitation, um die stellenweise geradezu schrecklichen Mißstände in der Konfektions-Schlafanzugsfabrik zu beseitigen. Dagegen wendet sich der "Confédération", das Organ der Ausbeiter, das Blatt schreibt: "Gegenüber einer solchen Agitation ist es wahrlich die höchste Zeit, dass auch die Konfektionäre daran denken, ihre wohl erworbenen Rechte zu wahren und gegen ein solches, die ganze grosse Konfektionsbranche in ihren Grundlagen bedrohendes Treiben energisch aufzutreten!"

Das Blatt stellt sich schamlos vor, wohlerworbenen Rechten zu reden, die nur darauf beruhen, dass die Konfektionäre infolge ihres Geldbaus die Macht haben, die Verfolger der Nöte, Hosen, Mantel usw. auf's Schlafanzugsauszubauen. Wie die Konfektionäre ihre wohlerworbenen Rechte missbrauchen, hat das Berliner Gewerberichter im Jahre 1896 festgestellt. Daraus wurden den Handarbeiterinnen in der Hosenbranche folgende Wochentöne gezahlt: M. 2,80, 2,68, 3,55, 3,55, 3,78, 4,05, 4,45, 5,28. Das höchste Verdienst war M. 10,80, der Durchschnittsverdienst M. 6,88 pro Woche.

Es hatten über ein Drittel der von der Fabrikinspektion bestätigten Nämme weniger als 10 cbm Luftraum pro Kopf der beschäftigten Personen, und nur ganz verschwindend wenige entsprachen dem Luftraum, der jeden Gefangenen in der Strafanstalt von Pleyben (28—29 cbm) zur Verfügung steht. In der Berliner Ortskrankenkasse der Schneider befanden sich im Jahre 1897 unter 22 069 Frauen 1749 Lungentranke, im Jahre 1898 unter 24 164 Frauen 2229 mit derselben Krankheit. 10 % also verfasst dieser heimliche Krankheit, die in den Schlafanzugfabriken der Handarbeiter die geeigneten Boden findet.

* **Der Verband der Bäder** hat fürzlich eine Abstimmung vorgenommen über die Einführung der Arbeitszeit von 8 Stunden für die Bäder. Der Verband der Bäder besteht aus 1200 Städten und 1200 Bädern.

Ausland. Die Schweizer Gewerkschaften haben mit der Neutralität, die dort besonders stark propagiert wurde, schlechte Erfahrungen gemacht. Die Zürcher Arbeitervierte, das Organ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, hat wiederholter Ihre Unzufriedenheit über den Gang der Neutralitätsbestrebungen befunden; in seiner Nr. 78 schreibt das Blatt unter dem Titel "Der Wechselbalg":

"Nicht leben und nicht sterben" kommt der Wechselbalg, der in Luzern aus einer unnatürlichen Allianz hervorgegangen ist und den man Neutralität der Gewerkschaften zu nennen beliebt. Welche Namen er niemals verdient hat. Gekleidet wie doch endlos offen ist, dass wir uns gefährdet haben und überrumpelt liegen, als wir, nach dem schönen Vortrage des Grossen Gruessels, mit übergrößer Mehrheit den vorgelagerten Theben zusammengestanden. Es war zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein, warum sich nun darüber doch sein unter Freunden und Mitkämpfern für unsere gute Sache?

Es darf nicht betrütern werden, dass es auch in den Nächten der katholischen Herren Soziologen solche geben, denen es mit Durchführung der Luzerner Beihilfe wirklich ernst war, aber welche Herren sind nicht mächtig, ihre Einfluss reicht nicht so weit, die realen Verhältnisse nach ihren Wünschen umgestalten. Anders verhält es sich mit denjenigen katholischen "Füllern", welche wohl wussten, dass sie im Trieben sitzen. Die sozialistisch gefühlten Gewerkschafter hingegen werden sich auch für die Zukunft bemühen, die Kremtruppen der Sozialdemokratie zu stellen; des elenden Wechselbalges wegen sollten sie sich aber nicht mehr aufregen, der ist ja nur noch ein jämmerlicher Leichtnam, den alle Galvanisationskünste nicht mehr zum Leben erwecken können."

* **Spanische Gewerkschafts-Bewegung.** Die zur "General Union der Arbeiter" vereinigten spanischen Gewerkschaften, die das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei anerkennen — neben den sozialistischen gibt es in Spanien liberal und anarchistische Gewerkschaftsverbände — veröffentlichen eine Übersicht über das letzte Geschäftsjahr, die eine erfreuliche Zunahme der Sektionen und der Mitgliederzahl konstatirt. Während im September v. J. der Verband nur 126 Sektionen (Fraternal-Vereine) mit 26 088 Mitgliedern umfasste, hatte er im letzten September 1901 260 Sektionen mit 81 555 Mitgliedern. Außerdem war im Jahre 1899—1900 die Zunahme der Mitgliederzahl noch eine weit stärkere, sie stieg von 16 204 zu 29 383, doch hat auch das spanische Wirtschaftsleben in diesem Jahre sehr unter Geschäftslauf und Arbeitslosigkeit zu leiden. Ein stärker ist die sozialistische Gewerkschaftsbewegung in Sizilien, besonders dessen Hauptstadt Palermo, in welcher der Verband allein 30 Sektionen mit 10 788 Mitgliedern hat; dann folgen die baskischen Provinzen und Asturien. In industriellen Katalonien hat die Bewegung nur geringen Boden gewonnen, die meisten der dortigen gewerkschaftlichen Vereine bekennen sich zum Anarchismus. Bedeutend ist die Zunahme im letzten Jahr ausgeführten. Es fordern Potentiäle M. 48,225 und B. Gundlach-Kessel M. 17,810. Die Differenz beträgt also nicht mehr und nicht weniger als M. 29,915. Wahrsch, wenn man diese Zahlen liest, dann

* **Eine recht duffige Submissionsblüthe** hat sich bei der Vergebung der Renovierungsarbeiten am Bahnhof in Kassel entwölft. Es wird uns darüber berichtet: "Um den Betrieb aufrecht zu erhalten, wird die Arbeit zweitweise ausgeführt und auf in einzelnen Loosen auf dem Submissionsweg vergeben. Zur Herstellung einer Überführung war ebenfalls eine Submission eröffnet worden und die zu derselben abgegebenen Sektionen wurden in voriger Woche eröffnet und das Resultat bekannt gegeben. Der Unterschied in der Fortsetzung war ein enormer. Nur die Osterfern der Höchst- und Niedrigfördernden, die am Betriebe hierfür angefordert. Es forderten Potentiäle M. 48,225 und B. Gundlach-Kessel M. 17,810. Die Differenz beträgt also nicht mehr und nicht weniger als M. 29,915. Wahrsch, wenn man diese Zahlen liest, dann

betrachten die Abwehr von Eingriffen in das Koalitionsrecht, von Lohnverkürzungen, neuen verhinderter Arbeitsordnungen usw. Mit volligem Sieg endeten 12 Streiks, 6 wurden verloren, 6 wurden durch Vergleich geschlichtet; die übrigen schwieben noch.

Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten. In einem von der Bundesindustrieförderkommission ausgearbeiteten Bericht über Gewerkschaften und Arbeitserinnerungen des Landes wird die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter, soweit sie sich ungefähr abstimmen lässt, auf 1400000 berechnet. Der Bund der American Federation of Labor zählt in seinen verschiedensten Zweigverbänden etwa 950000 Mitglieder, dazu kommen die verschiedenen Organisationen der Eisenbahnen mit 150000 Mitgliedern und eine Anzahl nationaler Arbeiterverbände, die keinem Zentralräte angehören. Die rasche Entwicklung der American Federation of Labor, deren Mitgliederzahl sich im Laufe von zehn Jahren verdreifacht hat, befürdet das Bestreben der Gewerkschaftsbewegung, die Interessengemeinschaft der organisierten Arbeiter zum Ausdruck zu bringen. Im State New York hat in dem Zeitraum vom 1. Juli 1894 bis 1. Juli 1901 die Anzahl der Arbeitserinnerungen von 880 auf 1800 und deren Mitgliederzahl von 167197 auf 255680 zugenommen.

Mus Ungarn.

In Budapest stand am 20. und 21. Oktober der zweite Kongress der ungarländischen Bauarbeiter, dessen Verhandlungen und Beschlüsse zu der Hoffnung berechtigten, daß die bis jetzt ohne Einheitlichkeit und System betriebene Organisationsarbeit in regelrechte Bahnen gelenkt werde. Dies ist im "Lande der Freiheit" auch durchaus notwendig. In Ungarn, wo von den Behörden bisher immer der Versuch gemacht wurde, jede selbstständige Besteitung der Arbeiter brüderlich zu unterdrücken, bedeutet die gestellte Aufgabe eine riesige, aufreibende Arbeit, die des größten Eifers und der höchsten Beharrlichkeit bedarf.

Wie die "liberale" Regierung des Vereinigten handelt, zeigt die Beleidigungsschule, die die Stiftstätte Budapests durchdringen mußten; diese reichten im April 1895 ihre Statuten beim Ministerium des Innern ein und nach vielen Drängen wurden dieselben im Januar 1899, also nach drei Jahren, einiger Paragraphen wegen, nicht genehmigt, aus der Tiefe irgend eines ministeriellen Papierkorbes hergeholt. Diese bestandenen Punkte wurden geändert und nach übermals 1½ Jahren wurden die Statuten für gut befunden und der Verein der Stiftstätte konnte sich konstituieren. Weitere Kommentare ist das wohl überflüssig.

Trotz der auch in Ungarn besonders sich bemerkbar machenden wirtschaftlichen Krise, die einen ungeheuren Umsatz der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter verursacht, war der Kongress sehr gut besucht; 19 Provinzorte waren durch 28 Delegierte vertreten und zwar: Győr-Weidein, Tisza-Tobors, Preßburg, Gyula-Barcas, Zolna, Maria-Theresiopol, Sütő, Arad, Debreczin, Miskolc, Groß-Kanisa, Giongrad, Kluenenburg, Südfürstl. Satoraljújhely, Tóts, Szabadsága, Duna-Adony und Békéscsaba. Ferner waren sieben Organisationen der Hauptstadt (Maurer, Steinmeier, Zimmerer, Stiftstätte, Maler, Installatoren und Kaufleute) vertreten, 18 Delegierte und weiter fünf Fachblätter, die ungarische Parteileitung und der Verband der österreichischen Bauarbeiter in entsprechender Weise vertreten.

Aus den Berichten der Delegirten ersellt übereinstimmend die überaus traurige Lage der Bauarbeiter. Die Arbeitszeit und der Arbeitslohn sind in den verschiedenen Landesteilen verschieden. Wo durch eine Organisation gewisse Bedingungen erklungen sind, ist die Lage eine deutlich bessere, als dort, wo der Bauarbeiter noch nicht zur Existenz der Notwendigkeit der Arbeiterorganisation gekommen ist. In Arad z. B. wählt die Arbeitszeit von 5 Uhr früh bis 8 Uhr Abends, der Taglohn für einen Maurer beträgt Kr. 1.60 bis Kr. 2. In Preßburg dagegen, wo circa 80 % der Maurer organisiert sind, wird von 8 Uhr früh bis 6 Uhr Abends gearbeitet; die Mittagspause ist 1½ Stunden, der Maurertaglohn Kr. 2.60 bis Kr. 4. Ein Mengenstreit im Laufe der Jahre verbesserten in den Provinzorten die Lage der Bauarbeiter nennenswert. Der große Streit der Maurer in der Dauer von vier Wochen im Jahre 1897 in Budapest, an dem circa 7000 Personen teilnahmen, endete ungünstig.

Nach einem Referat des Geistlichen Desider Holán wurde nachstehender Organisationsplan einstimmig angenommen: 1. Die Bauarbeiterorganisationen der Hauptstadt sind in erster Linie verpflichtet, ihre gegenwärtigen Statuten in Übereinstimmung mit den umzugestalten, damit in dieser Art sich jeder Fachverein, der im ganzen Lande sich befindlichen Brüderangehörigen um sie gruppirt.

Sollte jedoch die Gründung dieses Landesfachvereines nicht gelingen, so gründen die Provinzogenossen Bauarbeiterfachvereine, in denen alle Angehörigen der auf dem heutigen Kongress vertretenen Branchen als Mitglieder aufzunehmen sind.

2. Ohne Rücksicht darauf, ob die geplante Gründung der Fachvereine gelingt, oder ob eine Organisation schon besteht, muß in jeder Provinz ein Organisationskomitee gebildet werden, in dem von jeder in der Gegend existierenden Bauarbeiterbranche ein Mitglied sich befindet. Das Komitee wählt aus seiner Mitte einen Schriftführer, der die Verbindung mit dem in der Hauptstadt auf dieselbe Weise konstituierten Centralorganisationsrat aufrecht zu erhalten hat. Der Schriftführer ist verpflichtet, von allen unter den Bauarbeitern vorliegenden Petitionen und sonstigen wichtigen Ereignissen dem Centralorganisationsrat Bericht zu erstatten, über Einsammlungen und Ausgaben Ausweise einzufinden.

Die Organisationscomités der Provinz und der Centralrat haben die Aufgabe, die am Kongress gesuchten Beschlüsse durchzuführen und die Organisationsarbeit zu leiten. Die Kosten dieser Comités werden von den gesammelten Bauarbeiterorganisationen getragen; die Regelung dieser Angelegenheit fällt einer Gesamt-Bauarbeiterkonferenz zu. Der Centralrat ist verpflichtet über die eingelaufenen Berichte halbjährlich detaillierten Bericht zu erstatten.

Der Kongress beschäftigte sich auch mit der Gründung eines gemeinsamen Bauarbeiter-Fachblattes; die Gründung eines solchen Blattes erscheint aber zur Zeit noch unmöglich. Daraum wurde zunächst empfohlen, jene Fachblätter zu unterstützen, die in der gemeinsamen Aktion zur Durchführung des vom Kongress gesuchten Beschlusses mitarbeiten. Diese

Blätter sollen ersucht werden, die Berichte und Kundmachungen des Centralrates zu veröffentlichen.

Betreffend Arbeitszeit und Arbeitslohn wurde nach einem Referat des Geistlichen Georg Gogola eine Resolution beschlossen, wonin der Kongress erklärt: Es ist Aufgabe der Organisation, allenthalben die Verkürzung der Arbeitszeit und die Einführung des gesetzlichen Achtfundertages anzustreben, ferner für alle Branchen einen Minimallohn festzulegen und die Feststellung der schädlichen Arbeit und des Partizipationswerts energisch zu betreiben.

Des Weiteren beschäftigte sich der Kongress mit dem Arbeiterschutz. Es wurde der Ausbau des Gewerbe-Inspektionsteils, Verbesserung des Gewerbegelegetes, die Einführung des Unfallverhinderungs- und des Gewerbeversicherungsgesetzes, der Alters- und Invaliditätsversicherung und die Aufhebung des Sammelverbotes gefordert. Eine diesbezügliche Resolution wurde angenommen.

Polizei und Gerichte.

* **Christliche Worführer contra Verbandsmitglieder.** Am April d. J. kam es in einer öffentlichen Versammlung in Ober-Wörden zu schweren Auseinandersetzungen zwischen unserem Kollegen Mühl und dem christlichen Maurer Frisch, welche zu einer Verleumdungslage führten. Frisch erhob Klage und Kollege Mühl erhob darauf Widerlage, welche am 5. September vor dem Schöffengericht zu Bad-Nauheim zur Verhandlung kam und mit Verurteilung beider Angeklagten zu Kr. 20 Geldstrafe und je 10 halben Kosten endete. Darüber war unser christlicher Maurerpatriot Frisch ganz aus dem Häuschen; wie konnte denn er in einem christlichen Staat so hoch verurteilt werden wie ein Soß. Und er besann sich auch nicht lange und legte gegen das Urteil Berufung ein, welche am 26. Oktober vor der Staatsammer in Gießen zur Verhandlung kam. Recht deutschnah für einen Worführer der christlichen Maurer ist es, mit welchen Mitteln er bestrebt ist, seine Freiheit zu erlangen. Zuerst beschwore er alle seiner Freunde, unser Kollege Mühl hätte den Frisch, als er warm für die Böse eintrat, Gemeinde bei sich zu gerufen, obwohl keiner unserer Kollegen, welche bei Mühl am Tisch saßen, etwas von dem Durst gehabt hat. Die weiteren Lebelsungen gegen unseren Kollegen Mühl, er mache den Leuten etwas weiz und mache seine Berufskollegen arbeitslos, suchte er dadurch zu beweisen, dass er Mühl als Sozialist bestimmt. Er habe 1899 in Frankfurt nach der Aussperrung unterdrückt, seiner Organisation anzugehören, und sei sogar öffentlich agitatorisch für dieselbe thätig gewesen. Er sei Agitator und Streitkrieger, aus diesem Grunde müsse er die Freiheit arbeitslos machen. Wir gratulieren dem christlichen Augustkollegen zu dieser Heldentat; besser hätte es ein Scharfmacher auch nicht fertiggebracht. Und trotz aller dieser schändigen Mittel drohte er es nicht fertig, seine Freiheit zu erzielen. Er bezahlte seine Strafe von Kr. 20 und Kollege Mühl wurde zu Kr. 50 anstatt Kr. 20 verurteilt.

* **Rechtswidrige Beschränkung der Sonntagsversammlungen.** Durch Abhaltung einer öffentlichen Versammlung während des Hauptgottesdienstes am Sonntag sollte der Kaufmann Rupp aus Tübingen die Vorrichtung überstreben, die alle preußischen Verfassungsverordnungen befolgt bei öffentlichen Versammlungen an Sonn- und Feiertagen entfallen. Die zum Schutz der äußeren Heiligung erlassenen Oberpfälzer Verordnungen schreien gleichlautend vor, daß öffentliche Versammlungen, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, an bestimmten Feiertagen, z. B. Charfreitag und Pfingstag, überhaupt nicht, an anderen Feiertagen und Sonntagen nur nach beendete Hauptgottesdienststunden stattfinden dürfen. Das zuständige Landgericht verurteilte Rupp zu einer Geldstrafe, das Kammergericht und das Reichsgericht hoben die Vorentscheidung auf, indem es begründend ausschied: Die Vorrichtung, daß öffentliche Versammlungen, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, an gewissen Feiertagen überhaupt nicht und an Sonntagen und anderen Feiertagen erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen, sei rechtswidrig. Sie verstieß gegen die Artikel 29 und 30 der preußischen Verfassung. Daraud dienten Versammlungen von der Verwaltungsschule unter keinen Umständen wegen der Art der zu erörternen Angelegenheiten verboten werden. Das sei hier geschehen, indem das Verbot öffentlicher Versammlungen an bestimmten Feiertagen und die Verhinderung solcher Versammlungen an anderen Feiertagen und an Sonntagen auf die Zeit nach dem Hauptgottesdienst stieß auf die nicht den Gottesdienst betreffenden Angelegenheiten erstreckte. Somit durften öffentliche Versammlungen Sonntags auch während und vor dem Hauptgottesdienst stattfinden; der Angeklagte müsse deshalb freigesprochen werden.

Eingegangene Schriften.

Die Nr. 23 des „L'Operario Italiano“, welche mit Nr. 46 des „Grundstein“ zum Verlauf kommt, hat folgenden Inhalt: Eine großmuthige Initiative. — O, wenn alle wären wie ich! — Drei Verbandsstage in Italien. — Die gegnerische Propaganda. — Das Recht zur Existenz. — Ein Schwund am Pranger. — Korrespondenzen. — Abrechnung vom Kreis in Mainz. — Traurige Verhältnisse der Bauarbeiter an dem Kaisernebau in Mainz. — Böhmis. und Streitbewegung. — Verschiedenes vom Inn und Ausland.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Diek's Verlag), 6. Heft des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Historisches der Verleumdungstheorie. — Beiträge zu Geschichte der Volkschule. Von Heinrich Schulz (Vortrag). — Das Ueberbreit. Von H. Ströbel. — Ein Vortrag des Blümleintheaters. Von Dr. Fritz Minier. — Neue Unterforschungen über die Wohnungsfrage. Von Paul Hirsch. — Literarische Rundschau: Arbeiter-Molskaland; Molskaland für Metallarbeiter; Molskaland für Berge und Hüttenerbeiter; Molenkalender für das Jahr 1902. — Wirtschaftliche Umfrage. Von H. Cuno.

Briefkasten.

* Die Nr. 47 des „Grundstein“ muss des Buches wegen schon am Dienstag frisch gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bzw. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzustellen, dass sie spätestens am Montag Abend 7 Uhr in unsere Hände gelangen.

An einige Zweigvereins-Verwaltungen. Anzeigen betreffend Auszahlung der Reiseunterstützung, halten wir nicht für zweckmäßig. Die wandernden Kollegen werden sich in der Regel diese Anzeigen nicht auskönnen und aufzuhören, sondern, wenn kein Verkehrslokal vorhanden ist, doch den Vorliegenden oder Kaffee zu suchen. Wo Verkehrslokale vorhanden sind, empfiehlt es sich, die Adressen des Auszahlers und die Zeit der Auszahlung im Total in entsprechender Weise bekannt zu geben. Lebzigens wird die Wanderunterstützung erst vom 1. Dezember ausbezahlt.

Friedrichsberg, b. Berlin, B. S. Wir würden Ihnen empfehlen, Ihre Ansicht in der Weise auszuführen, daß Sie sich in einem Birtular oder kleinem Flugblatt an die Mitglieder richten, deren Frauen wenden. Wir halten dies für wirkungsvoller, als die Veröffentlichung eines Artikels im „Grundstein“, weil man in einem Flugblatt einfacher auf die örtlichen Verhältnisse, die ja bei der Angleichung ebenfalls eine Rolle mitspielen, eingehen kann, als dies sonst möglich wäre.

Friedrichsberg, L. Annonen-Rechnungen berenden wir nach Quartalsbasis, und auch dann nicht gern. Der Preis der Anzeige dürfte Ihnen ja nicht unbekannt sein, und dürfen Sie daher auch, ohne Rechnung erhalten zu haben, das Geld einsetzen.

Weimar, Sch. Der Betrag für Versammlungsanzeigen soll bei Aufgabe der Anzeige eingesetzt werden. Von Plakaten, die hier bestellt sein sollen, wissen wir nichts.

Winden, L. Die Schildtafel werden wir, wenn inzwischen die Angelegenheit nicht erledigt ist, in der nächsten Nummer veröffentlicht.

Ein Rabsitzpoker. Erste Voraussetzung für die Aufnahme Ihres „Eingangs“ wäre, daß Sie uns Ihren Namen und Adresse angeben. Wir würden aber auch nach Erledigung dieses Punktes Ihr Schreiben nicht veröffentlichen, da Ihre Angaben in die Palmengarten-Datei garnicht zu führen haben. Wenn Sie früher einmal gelebt haben, dass Stiftstätte irgendwo ein Rabsitzpoker nicht sachgemäß gehandelt und zwecks Erzielung der richtigen Fazone damit zu viel Geld angestragen haben, so hätten Sie ebenfalls damals Gelegenheit nehmen sollen, die Pflichtarbeit zu inhibieren.

Streikabrednungen.

Maneestreich in Dannenberg.

Ginnahme.

Aus der Hauptkasse.	M. 640,-
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	7.18
Summa...	M. 647,18

Aussage.

Für Streikunterstützung an:	
Verkehrsabteile.....	M. 568,-
Ledige.....	70,-
Forschung Biegelerster.....	6,-
Porto und Schreibmaterial.....	8,18
Summa...	M. 647,18

Dannenberg, den 6. Oktober 1901.

Für die Nützlichkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Reiseforen:	
Oto Barge, M. Schulz,	
Für die Streikkommission:	

H. Schulz, G. Grotz, B. Muchow.	
---------------------------------	--

Aussperrung in Helmstedt.

Ginnahme.

Aus der Hauptkasse.	M. 4625,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	896,90
Summa...	M. 5021,90

Aussage.

Für Streikunterstützung an:	
Verkehrsabteile.....	M. 4051,10
Ledige.....	269,64
Reiseunterstützung an obereinst. Streikende.....	387,80
Forschung Biegelerster.....	146,-
Verhältnis des Zugzuges.....	86,-
Porto und Schreibmaterial.....	18,-
Bevorzugung dauerwärter Arbeit.....	49,05
Kontrolle nach auswärts.....	6,70
Zofalmiete.....	8,-
Der Volksküsse überwiesen.....	6,11
Summa...	M. 5021,90

Helmstedt, den 8. Oktober 1901.

Für die Nützlichkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Reiseforen:	
August Nunge.	

Budwig Försterling, Andr. Seine, Oskar Förster.	
Aussperrung im Bremian.	

Ginnahme.

Aus der Hauptkasse.	M. 9738,50
Von den örtlichen Einnahmen der Zollstelle verwendet	200,-
Aus der Volksküsse der Zollstelle	10,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	131,-
Summa...	M. 10074,50

Aussage.

Für Streikunterstützung an:	
Verkehrsabteile.....	M. 8897,30
Ledige.....	584,90
Reiseunterstützung an obereinst. Streikende.....	323,60
Forschung Biegelerster.....	103,-
Verhältnis des Zugzuges.....	142,90
Metallschuh und Unterstützung Infanterist.....	34,-
Flugblätter und Annonen.....	11,20
Porto und Schreibmaterial.....	48,75
Fotokalender für Metallarbeiter; Fotokalender für das Jahr 1902. — Wirtschaftliche Umfrage. Von H. Cuno.	41,80
Vermittlung auswärtiger Arbeit.....	88,05
Summa...	M. 10074,50

Prenzlau, den 8. Oktober 1901.

Für die Nützlichkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Reiseforen:	
G. Granholm, L. Langenow, E. Kriemann.	
Für die Streikkommission:	

Wilhelm Kurs, Hellmuth Hünig, Georg Wettens.	
--	--

Aussperrung in Warnemünde.

Ginnahme	M. 870,60
Aus der Hauptkasse	Ausgabe
Für Streitunterstützung an:	
Verkehrsreise	M. 229,10
Lodige	20,-
Reiseunterstützung an abgereiste Streitende	M. 22,80
An die Hauptkasse zurückgesandt	98,71
Summa	M. 870,60

Warnemünde, den 10. Oktober 1901.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Johann Evers. G. Fitt. J. Möller.

Für die Streitkommission:

E. Behm. G. Dethloff. G. Harder.

Bausperre in Celle.

Ginnahme	M. 885,-
Aus der Hauptkasse	Ausgabe
Für Streitunterstützung an:	
Verkehrsreise	M. 859,-
Lodige	8,-
Verhältnahme des Zuganges	8,-
Flugsäfte und Annoncen	8,50
Porto und Schreibmaterial	5,90
An die Hauptkasse zurückgesandt	12,60
Summa	M. 885,-

Celle, den 12. Oktober 1901.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Streitkommission: G. Kahl.

Bausperre „Parkhotel“ in Düsseldorf.

Ginnahme	M. 699,70
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse herverarbeitet	M. 699,70
Ausgabe	
Für Streitunterstützung an:	
Verkehrsreise	M. 115,-
Lodige	454,90
Reiseunterstützung an abgereiste Streitende	M. 18,20
Flugsäfte und Annoncen	11,50
Verkäufe der Kommission	M. 105,10
Summa	M. 699,70

Düsseldorf, den 20. Juni 1901.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Philip Trabach. Julius Schäfer.

Für die Streitkommission:

Otto Riecke. Gustav Horn. Heinrich Wolf.

Centralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Zur Beachtung!

Von Eisenberg (S. Altenburg) wird uns ein Auftrag des Gewerkschaftskartells zu Colberg zugesandt, der anscheinend an alle Gewerkschaftskartelle Deutschlands gerichtet ist.

In dem Auftrag werden die organisierten Arbeiter aufgefordert zu Geldsammlungen zur Unterstützung der Familien der inhaftirten resp. flüchtig gewordenen Genossen: H. Sternberg, R. Kuck, A. Klein, G. Weidemann und E. Werler.

Hierzu erklären wir: Als 5 Personen sind Mitglieder unserer Verbands. Die Familien der verfehlten sind seit der Verhaftung resp. Flucht uns unterstellt worden und erhalten auch fernerhin Unterstützung. Ein Eingreifen der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands ist demnach nicht erforderlich.

Die Vorstände der Zweigvereine werden ersucht, dem Gewerkschaftskartelle ihres Ortes hieron Kenntniß zu geben.

Reiseunterstützung

wird vom 1. Dezember an gezahlt. Alle Zweigvereine, die auf Grund des § 14 des Statuts Reiseunterstützung auszuzahlen müssen, haben Kollegen zu bestimmen, welche die Unterstützung auszuzahlen haben. Am besten ist es, wenn der Kassier damit betraut wird. Die Name des Auszahlers und Zeit sowie Ort der Auszahlung sind dem Herbergswirt mitzuteilen, damit dieser gereizenden Kollegen Auskunft ertheilen kann.

Reiseunterstützung wird nicht gezahlt in Zweigvereinen, welche noch kein ganzes Jahr bestanden haben und in solchen Orten, wo bisher Zahlstellen bestanden, die aber auf Grund der Verbandsabstimmungen mit anderen Zahlstellen zu einem Zweigverein zusammengelegt werden müssen resp. schon zusammengelegt sind.

Reiselegitimationskarten kann laut Statut nur gezahlt werden an Mitglieder, welche dem Verbande wenigstens ein Jahr angehört haben oder innerhalb vier Wochen nach beendetem Lehrzeit beitreten sind, wenn sie sich im Besitz einer vom Verbandsvorstande ausgestellten Legitimationsskarte befinden.

Reiselegitimationsskarten werden nur vom Verbandsvorstand vom 15. November an ausge stellt. Mitglieder, welche eine Karte wünschen, haben ihr Mitgliedsbuch und ihre Streitkondokarte,

sowie 20,- Pf in Briefmarken für Rücksendung einzufügen. Der Beitrag muss für dieses Jahr voll bezahlt sein; die Streitkondokarte muss Marken enthalten bis zu der Zeit, wo die Zweigvereine einen Einheitsbeitrag einführen.

Zungesellen, welche eine Legitimationsskarte wünschen, haben außer dem Mitgliedsbuch und der Streitkondokarte eine Belehrung einzufügen, aus der hervorgeht, daß sie innerhalb vier Wochen nach beendetem Lehrzeit dem Verbande beitreten sind.

Als solche Ausweispapiere genügen ein Lehrbrief oder eine sonstige Bescheinigung des Lehrmeisters über die beendete Lehrzeit. Wenn an dem Orte, wo ein Kollege ausgelernt hat, ein Zweigverein besteht, dann genügt auch eine Bescheinigung des betreffenden Zweigvereinsvorstandes.

Vom Verbandsvorstand bestätigt
sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Warnemünde, Rixdorf, Nossau, Freiburg i. Br.

Ausgeschlossen

auf Grund § 18 a des Statuts von den Zweigvereinen Wismar: Carl Baumann (Buch-Nr. 84 182), Julius Giebold (124 409), Eduard Egger (84 150), Friedrich Döbel (34 189), Ferdinand Döbel (86 651), Carl Mönchmann (107 742), Wilhelm Röhr (124 426), Heinrich Vogel (124 444), August Ballstädt (124 451), Heinrich Dabbert (124 458), Johann Rading (124 468), Carl Schönfeld (124 474), Johann Rading (124 496), Johann Ahrens (124 481), Gerhard Eggert (124 487), Wilhelm Winter (124 488), Ludwig Wagner (124 489); Königs-Wusterhausen: Karl Krauskopf (86 929), Wilhelm Lehmann (86 989), Hermann Lehmann (0 128 360), Karl Bild (0 84 924), Martin Rothe (0 84 978), Rudolf Wendl (121 890); Altenburg: Max Uhlmann (145 058), Richard Böhm (145 047), Emil Hoffmann (145 054), Max Leonhardt (145 784); Berlin I: Karl Bömer (040 584), Eduard Sabermann (040 501), August Dietrich (264); Männer: Carl Metter (84 489), Paul Puschinski (84 488), Adolf Nele (80 515), Fr. Jungbluth (84 492).

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Emil Sand (Buch-Nr. 78 130), Johann Willemski (238 906), Jacob Mohr (792), Albert Siepe (080 924), L. Südmann (7888). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Aufforderung.

Die Mitglieder Johann Endolf (Buch-Nr. 111 183) und Georg Lohr (111 188), welche aus Neichenhausen, werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen dem Zweigverein Hannoverheim in gegenüber nachzukommen.

Der Kollege August Gräume (Buch-Nr. 042 942), geboren am 18. März zu Hannover, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen den Zweigverein Hemelingen nachzukommen.

Der Verbandsvorstand.

Im der Zeit vom 5. bis 11. November 1901 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Bon den Zweigvereinen Wismarhafen M. 906,02, Trebitz 304,76, Minden i. W. 280,72, Sehde b. Böhme 168,64, Neu-Orl. i. Medil. 250,84, Gr. Ammerläben 76,62, Friedland 51,16, Leisnig 49,78, Görlitz 29,52, Worms 29, Herford 11,17, Löwenberg i. Sch. (juristisch Zweifelhaft) 6,12, Friedenwalde bei Sagan 106,70, Königsberg i. Pr. 78,95, Bellin a. d. O. 65,52, Reinseb. 61,05, Swinemünde 489,64, Bützerhagen (juristisch Zweifelhaft) 61,75, Tempelburg i. Pommern 44,28, Schwedeneck 31,80, Sömmerda 28,84, Briesel 12,60, Grünfel 70,50, Oberhain bei Schöwe 45,92, Börghausen bei Speyer 41,60, Blankenburg im Sömmerda 20,80, Kreis Mainz durch J. Barth 764,94, Regensburg durch Merkel 118,10, Frankfurt a. M. 800, Mühlstädt i. W. 150, Ohlsdorf 40, Lubitsch i. B. 25,28, Lübbede 5,36, Stein 800, Kiel 500, Bünzlau 105,60, Leipzig 800, Alt-Schreiber 72, Neubrandenburg 100, Grevesmühlen 80,95, Ullena 700, Erfurt 200, Jelsch 156,25, Braunschweig 486,58, Neumünster 93,05, Flensburg 150, Neuhofen 100, Gottschow 200, Bautzen 30,54, Heiligenhafen 30, Dresden 800, Hamm 750, Berlin III 600, Cera 400, Guben 262,04, Cunnersdorf i. Schiel 108,12, Tempelhof d. Berlin 44,06, Marienbach 20,90, Frohburg 124,24, Marienwerder 8,40, Einbeck 240,10, Hilzen 57,40, Wismar 42,22, Marlow i. Medl. 32,16, Dorheim 31,75, Brakte a. W. 21, Görde 16,40, Höchheim a. M. 8,60. Summa M. 12 485,16.

Für Protokolle vom 6. Verbandsstag in Mainz.

Bübbede M. 1, Gelnhausen -40, Bleicherode 3, Schafheim 2, Oberhain b. Eichwegen -20, Gilzen 4, Regensburg -60, Görde 1. Summa M. 12,20.

Verfügung.

In der Quittung in Nr. 44 muss es richtig heißen: Anflott Gabenhagen: Schaffhausen M. 74,84, anflott Rothemühle: Heinrichswalde M. 114,60, und in Nr. 45 unter Gommern summa M. 1301,79 M. 1713,86, unter Bierstadt hatt M. 228 M. 288.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einhaber von Gelbern werden erfußt, auf den Postabschlämmen genau anzugeben, wofür das einzige Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muss.

Hamburg, den 11. November 1901.

J. Köster,
Hamburg-St. Georg, Brennerstr. 11, 1. Et.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 8. bis 9. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 500, Hamburg 400, Steglitz 200, Adlershof 200, Königsberg 4, Pr. 200, Weissensee 200, Wilmersdorf 150, Leipzig-Mendins 100, Teterow 100, Lüneburg 100, Saarbrücken 100, Erdstadt 100, Rostock 100, Segeberg 65, Elbing 60, Bielefeld 50, Immenhausen 50. Summa M. 2675. Zu Fuß erhält: Gezahlt M. 76.

Altona, den 9. November 1901.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

→ Anzeigen. ←

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbedate Mitteilung erhalten. Die Tafel kostet 5 Pf.

Frankfurt a. M. D. Am 24. Oktober starb nach langem, schwerem Leben junger Verbandskollege Ernst Zankert an Dungenen im Alter von 30 Jahren.

Friedrichsberg. Am 7. November starb junger Verbandskollege Hermann Krüger im Alter von 29 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Harburg. Am 5. November starb nach langem Leben junger Verbandskollege Oskar Goederich im Alter von 43 Jahren.

Sprendlingen. Am 29. Oktober verstarb junger Verbandskollege Philipp Schickendantz im Alter von 56 Jahren an Wasserlucht.

Weltens. Unser Kollege Gustav Netzeband in Weltens ist nach zehn Monaten langem Krankenlager im Alter von 63 Jahren gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbegeld.

Ist in der Zeit vom 4. bis 10. November bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:

Aug. Jacoby-Hamburg (Buch-Nr. 122 207), Andreas Sudhoff-Hohenfelde (141 987), Wilhelm Kühn-Duisburg (165 912), Friedrich Dreher-Hamburg (140 169), Wilhelm Berlewi-Wanne (67 057), Heinrich Leopold-Magdeburg (141 246), Gustav Negeband-Weltens (0 102 172), Wilhelm Nebert-Leipzig (9), Heinrich Schenck-Wolfsburg (184 100), Franz Kallisch-Stettin (69 881), B. Fr. H. Jacob-Altenburg (86 186), Philipp Schickendantz-Sprendlingen (0 11 509).

Gaarden.

Diejenigen Kollegen, welche in Gaarden am Verwaltungsgebäude der Germaniawerk gearbeitet haben und ihre Rechte wahren wollen, werden erachtet, ihre Abreise an D. Sasse, Gaarden, Augustenstr. 53, 2. Et., einzufügen. [M. 1,80]

Wer den Aufenthalt des Maurers M. Nilson, geboren am 28. Mai in Bonn (Dänemark), Buch-Nr. 122 821, weiß, wird gebeten, dem unterzeichneten den Aufenthalt des Nilson bekannt zu geben.

M. Peters, Schwerin 1. W., 1. Et., 1. 1,50

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Gesetz nach der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 2 Seiten nicht überdeckt, beträgt 20 Pf. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingekauft werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 17. November.

Germendorf. Nach 4 Uhr im Hale des Herrn Schott. Referent: W. Schulz-Berlin. Das Ereignis aller Kollegen ist erwünscht.

Herzberg. 11 Uhr bei Moritz. Um recht gärtiges und puntisches Trecklein wird gebeten.

Jessen. Nach 3 Uhr bei Carl Junker. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Lübben. Nach 3 Uhr bei Carl Schröder. Die Kollegen müssen erscheinen.

Wittstock. Nach 2 Uhr. Referent ist anwesend. Bärtlicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, 20. November.

Berlin IV. Vor 10 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Römann-Brunnenstr. 18. Die Mitgli. sind gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Samstagabend, 23. November.

Wermar. Punkt 7 Uhr im Goldbrunnen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Samstag, 24. November.

Rudolstadt. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung. Das Trecklein alter Notthoff ist dringend notwendig.

Badminoga. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung. Pünktliches und vollständiges Trecklein wird erwartet.

Öffentliche Maurerversammlungen.

Diensdag, 19. November.

Cunnersdorf. Wends 8 Uhr öffentliche Mitgliederversammlung. Das Trecklein

Wandsbek. Wends 7 Uhr öffentliche Mitgliederversammlung. Das Trecklein

Lossen. Wends 7 Uhr öffentliche Mitgliederversammlung. Pünktliches und vollständiges Trecklein wird erwartet.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.